

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezugs 4,32 M.
einschließlich 60 Bl. Postzeitungs- und
72 Bl. Postbeleggebühren. Ausland-
abonnement 6,- M. pro Roman; für
Länder mit unzulässigen Drucksachen-
steuern 6,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Moll
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvertierung des 10 Pf. Reichsmarkes in 20 Pf. Reichsmarkes hat sich als unzulässig erwiesen. Der Reichsausschuss hat beschlossen, die Konvertierung zu unterbrechen. Die Reichsbank hat sich dem angeschlossen. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Konvertierung zu unterbrechen. Die Reichsbank hat sich dem angeschlossen. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Konvertierung zu unterbrechen. Die Reichsbank hat sich dem angeschlossen.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. O. u. Dis.-Gef., Depesitenk., Jerusalemstr. 65/66.

Entscheidung am Dienstag

Beschluß der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die werktätigen Massen auf das allerschwerste belassen. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Überwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre krasse Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, unzumutbar und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verbitternd wirken. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.“

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorsitzende Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Abänderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weitere Schelte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen. Deshalb verlagert sich die Fraktion auf Dienstag, vormittags 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstags verlangen soll.“

Ueber die Bedeutung dieses Beschlusses unterrichtet der nebenstehende Leitartikel.

Die Parteibürokratie der Deutschen Volkspartei die als Reichsausschuss der Volkspartei firmiert, nahm am Freitag ein Referat des Herrn Dingeldey über die politische Lage entgegen. In dem offiziellen Bericht über die Tagung heißt es, daß dieses Referat „mit stürmischem Beifall“ aufgenommen wurde. Was Herr Dingeldey ge-

redet hat, wird nicht mitgeteilt. Auch erfährt man aus dem Bericht nichts über die ferneren Absichten der Volkspartei. Man vernimmt aus ihm lediglich, daß die Parteibürokratie Herrn Dingeldey ihr „volles Vertrauen“ ausgesprochen und sich „in Beschllossenheit“ hinter ihn gestellt hat. Dieses Ergebnis stand fest, noch bevor der Reichsausschuss zusammengetreten war. Auf Grund seiner Zusammensetzung konnte es gar nicht anders sein.

Die Hugenbergische „Telunion“ erhält aus führenden Kreisen der Volkspartei eine ziemlich leinlaute Erklärung, in der über „irreführende Kommentare“ geklagt wird. Der Beschluß auf Reichstageinberufung habe in Wirklichkeit den Sinn gehabt, die Autorität des Reichskanzlers, die nicht nur durch die Notverordnung, sondern auch durch das Versagen einzelner Persönlichkeiten des Kabinetts gelitten habe, wiederherzustellen und ihr dasjenige Maß an Stärke zu geben, ohne das bis zum Erlaß der Notverordnung dem Kabinett entgegengebrachte Vertrauen weitest Kreise unwiederbringlich verlorengehen müßte. Die bevorstehenden Aufgaben der inneren Gefundung, besonders der nunmehr aufgerollten Tributrevision, seien so schwierig, daß sie mit Aussicht auf Erfolg nur dann durchgeführt werden könnten, wenn der Glaube an den unbeglückten Willen der Regierung, auf dem von ihr bisher als richtig erkannten Wege fortzuschreiten, immer weitere Kreise erfasse. Daß die Deutsche Volkspartei irgendwelcher Katastrophopolitik Vorzug leisten könnte, sei ein völlig absurder Gedanke. Nur Besonnenheit könne uns vorwärtsbringen. Zur Besonnenheit gehöre aber in einer so gefährlichen Lage wie heute auch der Wille, von dem als richtig erkannten Wege sich durch keinerlei Einflüsse abbringen zu lassen. Eine Regierung, die danach handle, könne der vollen Unterstützung der Deutschen Volkspartei gewiß sein.

Stillsittisch ist diese Erklärung ein Meisterstück unfreiwilligen Humors. Politisch hat sie nur einen Sinn, wenn sie den Rückzug vorbereiten soll.

An der Grenze.

Die Verhandlungen über die Notverordnung.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Entschliebung, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Beratungen am Freitag ausklingen ließ, ergab sich zwangsläufig aus der politischen Situation. Seit Donnerstag abend stehen die Vertreter der Fraktion mit dem Reichskanzler in Verhandlungen über die Möglichkeit der Abänderung wesentlicher Bestimmungen der Notverordnung. Es ließ sich am Freitag, und es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Man kann in dieser Beziehung sogar außerordentlich skeptisch sein. Aber nachdem sie einmal ausgenommen waren, konnten sie nicht durch den Beschluß, einer Einberufung des Reichstags zuzustimmen, unterbrochen werden.

Die Gegner rechts und links werden es der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, daß sie nicht ohne weiteres die Aufhebung der Verordnung verlangt habe, der Notverordnung, deren Grundcharakter sie doch scharf verurteilt und deren Bestimmungen sie fast ohne Ausnahme für unheilvoll erklärt. Aber die Fraktion hatte sich die Frage vorzulegen, was eine solche Aufhebung im gegenwärtigen oder auch in einem späteren Zeitpunkt bedeutet. Sie hätte sicher nicht die Folge, daß nach dem unvermeidlichen Sturz des Kabinetts Brünning ein anderes kommen würde, das das Gesamtdefizit von 2,4 Milliarden in einer für die Arbeiterklasse erträglicheren Weise zu decken suchte. Gewiß trüge die Sozialdemokratie dann nicht mehr die unmittelbare Mitverantwortung für die Lasten, die dem Volke auferlegt werden, und diese Ermäßigung kann sehr wohl in den nächsten Tagen zu einer Veränderung der bisherigen Politik führen. Aber die Lasten selbst würden auf diese Weise nicht verringert werden, und solange also auch nur eine entfernte Aussicht besteht, das, was uns jetzt zugemutet wird, auf dem Wege von Verhandlungen in unserem Sinne zu beeinflussen und zu verändern, dürfen wir diesen Weg nicht verlassen. Erst wenn sich herausstellt, daß alle Bemühungen vergeblich sind, oder daß die Härten, die beseitigt werden können, gegenüber denen, die noch bleiben, nicht ins Gewicht fallen, ist der Augenblick gekommen, über das Abweichen von der Linie, die wir seit dem September vorigen Jahres innegehalten haben, zu diskutieren und zu beschließen.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, in der Krisenmacherei mit der Deutschen Volkspartei in Konkurrenz zu treten. Die Frivolität dieser Gruppe, deren politische Annahme im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen und parlamentarischen Bedeutung steht, hat keine Grenzen. Sie hat die Einberufung des Reichstags nicht etwa gefordert, weil sie ernsthafter und ehrlicher Weise die Notverordnung als unerträglich für sich und ihre kapitalistischen Anhänger erachtet. Sie will den Konflikt, weil sie glaubt, daß aus ihm eine Situation entstehen werde, in der sich das industrielle Großkapital zum unbeschränkten Herrscher über die deutschen Geschicke aufschwingen könnte. Daß sie sich über diese Möglichkeiten und besonders über die Dauer einer solchen kapitalistischen Diktatur schweren Täuschungen hingibt, ist eine Sache für sich. Aber um eines vermuteten Augenblickserfolgs willen setzt die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gern als die eigentliche Vertreterin der Interessen der Wirtschaft anspielt, gerade diese Wirtschaft aufs Spiel. Sie kennt genau so gut wie wir oder noch besser die Lage am Geldmarkt. Sie weiß, wieviel ungezählte Millionen die Reichsbank in den letzten Tagen hat abgeben müssen. Sie macht sich nicht zu geringste Gewissen daraus, die herrschende Panik noch zu steigern, und sie geht auch leichten Herzens darüber hinweg, daß eine Rechtsregierung, der sie die Bahn bereitet, die Aussichten auf eine Revision des Young-Planes, auf eine Erleichterung unserer ausländischen Zahlungsverpflichtungen vollständig versperrt würde. Niemand wird erwarten, daß die Sozialdemokratie dieses verbrecherische Hazardspiel mitspielen werde.

Vielleicht werden die „Staatsmänner“ um Herrn Dingeldey sich, bis Montag oder Dienstag eines anderen besinnen. Man hört ja, daß der Reichsbankpräsident Luthner und der Reichsaussenminister Curtius, die beide an ihren Parteifreunden ebensoviel Freude erleben wie seinerzeit Gustav Stresemann, bei den Verstorbenen und Verbohrten alle Hebel ansetzen, um ihnen die Unvernunft ihres Handelns gerade vom kapitalistischen Standpunkt aus klar zu machen. Vielleicht wird sich die knappe Mehrheit vom Donnerstag bis zu der Stunde, in der im Ältestenrat die Entscheidung fällt, in eine Minderheit verwandelt haben. Aber das kann natürlich nicht

Eingreifen der Reichsbank.

Der Zentralausschuss einberufen.

Der Zentralausschuss der Reichsbank ist für heute nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

Diese Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank läßt sehr ernste Entscheidungen erwarten. Die Kündigungen ausländischer Kredite haben in den letzten Tagen nicht ab-, sondern zugenommen. Die Reichsbank hat nach unserer Kenntnis seit dem 1. Juni mindestens 1/2 Milliarden Mark abgeben müssen, die zum Teil durch Goldverkäufe beschafft worden sind und die notwendig waren, um den Devisenbedarf der deutschen Banken zu befriedigen. Es ist offenbar so, daß das Ausland, besonders Amerika, das früher fast unbegrenzte Vertrauen in Deutschland immer mehr verloren hat, wozu das unverantwortliche Babanque-Spiel rechtsstehender Regierungsparteien und die durch die Notverordnung ausgelöste politische Unruhe in Deutschland zweifellos erheblich beigetragen haben. Wahrscheinlich hat die Austellung der Reparationsfrage in Zusammenhang mit den Reden von Leuten vom Schlage Schachts die Mißtrauenslawine Amerikas ins Rollen gebracht, was sich aus der Entwicklung der Kurse deutscher Dollaranleihen ziemlich deutlich ablesen läßt.

Jedenfalls steht die Reichsbank, die die 40prozentige Deckung des Notenumlaufes durch Gold und Devisen unter keinen Umständen unterschreiten lassen darf, durch die fortwährenden Devisenverluste jetzt vor dem unabwendbaren Zwang, sehr ernste Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Notendeckung zu treffen. Die Mittel zur Notendeckung liegen jetzt noch recht erheblich über der untersten 40prozentigen Grenze. Die Reichsbank muß aber der Gefahr vorbeugen, daß diese Grenze erreicht wird. Die Reichsbank wird dieses Ziel kaum mit einer Diskonterhöhung erreichen, die im allgemeinen dazu dient, Auslandsdevisen wieder ins Land zu ziehen und die Devisenreserven der Reichsbank zu verstärken. Dem steht das Mißtrauen des Auslandes entgegen. So wird der Reichsbank nichts anderes übrig bleiben, als eine Kreditrestri-

ktion, d. h. eine Einschränkung derjenigen Kredite, die die Reichsbank bisher ihrer Kundschaft, das heißt in erster Linie den Banken, in Mark zur Verfügung zu stellen bereit war. Auf diesem Wege werden den Banken die Möglichkeiten genommen, durch Inanspruchnahme von Reichsbankkredit Devisen von der Reichsbank gegen Reichsmark zu verlangen, und die Großbanken werden zugleich gezwungen, in stärkerem Maße als bisher ihre eigenen Devisenforderungen im Ausland zu kündigen und den Gegenwert in Devisen nach Deutschland zu bringen.

Diese Maßnahmen der Reichsbank dienen der Verteidigung der Notendeckung und sind eine absolut sichere Garantie gegen jegliche Erschütterung der Währung. Gerade weil aber die Gefahr einer Währungserschütterung durch das Mittel einer Kreditrestriktion mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen wird, ist die Kreditrestriktion als solche um so gefährlicher für das Wirtschaftsleben.

In dieser Gefahr für das Wirtschaftsleben ist denn auch der außerordentliche Ernst der gegenwärtigen Situation begründet. Und der Ernst der wirtschaftlichen Situation wird verstärkt durch die Gefahren, die sich aus den gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten im Reich ergeben. Deshalb ruht auf allen, die heute und in den allernächsten Tagen politische Entscheidungen zu treffen haben, eine ungeheure Verantwortung.

Die Maßnahmen, die die Reichsbank wahrscheinlich heute treffen wird, sind Abwehr- und Heilmassnahmen. Diese Maßnahmen werden aber mit größter Wahrscheinlichkeit kaum zu dem notwendigen Erfolge führen, wenn nicht gleichzeitig auf politischem Gebiet der von rechts her geförderten Katastrophopolitik ein Riegel vorgeschoben, und wenn nicht baldigst eine solche Verständigung über die finanzielle und soziale Umgestaltung der Notverordnung gefunden wird, so daß in kurzer Frist das Mißtrauen im Ausland verringert und beseitigt werden kann.

an dem Urteil über die Partei ändern, die wie keine andere ihren Untergang verdient hat.

Die Haltung der Sozialdemokratie — das muß ausdrücklich festgesetzt werden — wird nicht durch Rücksichten auf den volksparteilichen Wahnsinn von heute oder ihre zu erwartende bessere Erkenntnis von morgen bestimmt. Wir beobachten nur aufmerksam die Manöver unserer Gegner und bemühen uns, ihnen nicht in die Hände zu arbeiten. Leiten lassen wir uns ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse, den gegenwärtigen wie den zukünftigen. Und daraus ergibt sich, daß wir in dem Kampf um die Abwehr einer irgendwie gearteten Diktatur bis zur äußersten denkbaren Grenze gehen müssen. Wir wollen nicht den Vorwurf des jehigen Geschlechts und derer, die ihm folgen, auf uns laden, daß wir irgend etwas versäumt hätten, was der Abwehr des Faschismus dienen konnte, und daß uns in diesem kritischen Moment die Herrschaft über unsere Nerven verloren gegangen sei.

Der Regierung indessen und den bürgerlichen Parteien sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir unmittelbar vor der Grenze stehen, bis zu der wir gehen können, und daß es daher notwendig ist, den Forderungen, die wir in bezug auf die Rotverordnung an sie richten, Entgegenkommen zu zeigen. Damit werden wir wahrscheinlich bei der Deutschen Volkspartei keinen Eindruck machen. Aber wir erwarten, daß die anderen, und namentlich das Zentrum ein Verständnis für die Bedeutung eines Abschwenkens der Sozialdemokratie aufbringen. Wir wissen sehr genau, welche Folgen ein Umlegen unseres Steuers für das Land und nicht zuletzt für das Proletariat nach sich ziehen kann. Wir gehen an die Dinge mit dem größten Ernst und mit vollem Verantwortungsbewußtsein heran. Aber wir sehen auf der anderen Seite auch, welches Unheil durch die Durchführung der Rotverordnung, wie sie ist, heraufbeschworen werden würde, und wir legen all denen, die eine Politik der Vernunft treiben wollen, die Frage vor, ob sie sich instand glauben, das Staatschiff durch die Wogen eines von ihnen selbst erregten Radikalismus der Massen hindurchzuführen. Regierung und bürgerliche Parteien stehen genau so vor einer Grenze wie wir. Ebenso wie uns liegt ihnen die Pflicht des Nachdenkens und der gewissenhaften Prüfung ob. Versäumen sie sie, so nehmen sie eine Schuld auf sich, die nicht gebüßt werden kann.

Brünings Heimkehr aus Neudeck.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern dem Reichspräsidenten in Neudeck in Ostpreußen Bericht erstattet. Er kehrt heute nach Berlin zurück. Es verlautet, daß zwischen dem Reichspräsidenten und ihm volle Uebereinstimmung besteht, so daß er in der Lage sei, an der neuerdings eingeschlagenen Richtung festzuhalten. Das würde bedeuten, daß er nach wie vor eine Umbildung seines Kabinetts und eine Einberufung des Reichstags ablehnt. Inwieweit er bereit ist, über die Änderungen der Rotverordnung zu verhandeln, wird sich bald zeigen müssen. Von der Entscheidung dieser Frage hängt das weitere Verhalten der Sozialdemokratie ab.

Die Opfer der Bremer Krawalle.

Zwölf Polizeibeamte verletzt.

Bremen, 12. Juni.

Bei dem gemeldeten Ueberfall von Kommunisten auf Polizeibeamte und Nationalsozialisten, die sich in den gestrigen Nachtstunden zutrug, sind, wie sich jetzt herausstellt, insgesamt 12 Polizeibeamte und eine ganze Reihe von Nationalsozialisten verletzt worden. Zwei Nationalsozialisten erlitten so schwere Verwundungen, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Dem dort eingelieferten SA-Führer Kulentampff ist die Schädeldecke zertrümmert worden, er schwelt in Lebensgefahr. Die Polizei hat insgesamt 9 Kommunisten festgenommen und diejenigen, die einwandfrei auf frischer Tat ertappt wurden, in Haft behalten, um sie dem Untersuchungsrichter zuzuführen. Sie werden sich wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

Versammlungsverbot in Bremen.

Bremen, 12. Juni.

Wegen der politischen Ausschreitungen in der letzten Zeit hat die Polizeidirektion auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Verordnung vom 28. März 1931 für Bremen-Stadt und -Land und in Begleit aller politischen Versammlungen unter freiem Himmel, einschließlich aller politischen Umzüge und Propagandafahrten, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres verboten.

Neue Schießerei in Hamburg.

Hamburg, 12. Juni.

Am Freitag, um 17 Uhr, versuchte eine etwa 500 Personen zählende Menschenmenge auf dem Schaarmarkt zu demonstrieren. Herbeieilende Ordnungspolizisten, die eine Demonstration verhindern wollten, wurden von der Menge aus beschossen. Hierauf erwiderten die Beamten das Feuer. Dabei wurden ein Hafnarbeiter durch einen Kniechuß und eine nicht an der Demonstration beteiligte Frau durch einen Fußchuß verletzt. 10 Personen wurden festgenommen. Die Ruhe konnte völlig wiederhergestellt werden.

Ueberfall auf Stahlhelmer.

Erfurt, 12. Juni.

Am Freitag wurden im Arbeitsamt Erfurt zwei Stahlhelmer von Kommunisten mit Stöcken und Messern überfallen. Ein Stahlhelmer erhielt einen gefährlichen Messerschlag. Wie verlautet, sollen die Täter Berliner Mitglieder der KPD sein, die zur Zeit die Erfurter Partei umorganisieren.

Landvolkführer verhöhnt Justiz.

Hankens verweigert freiwilligen Strafantritt.

Jhehoe, 12. Juni.

Der Landvolkführer Wilhelm Hankens, der dieser Tage zum Antritt der ihm im letzten Jhehoeer Landvolkprozeß zuerkannten zweimonatigen Gefängnisstrafe aufgefordert worden war, hat ein Telegramm an die Staatsanwaltschaft Altona geschickt, in dem er dieser den Vorwurf macht, sie wolle ihn wirtschaftlich ruinieren. Zum dritten Male sei für ihn der Strafantritt zu Beginn der Erntezeit angelehrt worden. Er werde der geradezu grotesken Aufforderung, sich freiwillig zu stellen, nicht nachkommen.

Ruhrherren gegen Kohlenpreissenkung.

Der Reichsfinanzminister Dietrich der Unwahrhaftigkeit bezichtigt.

Die Rotverordnung sieht vor, daß der Steinkohlenindustrie, und zwar sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern die Zahlung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erlassen werden kann. Reichsfinanzminister Dietrich hat erklärt, und in der Rotverordnung ist der Erlaß der Beiträge auch an eine solche Bedingung geknüpft, daß die Senkung der Kohlenpreise mit dieser Maßnahme erreicht werden soll. In einer Zehnenbefehlungsverammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats wurde nun die Auffassung und die Erklärung des Reichsfinanzministers vollständig desavouiert. Das Ruhrkohlenyndikat übergibt der Presse folgende Mitteilung:

„Nach Presseauslassungen habe der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in einer Sitzung der Staatspartei eine Mitteilung gemacht, wonach mit den Vertretern des Bergbaus über eine Preisermäßigung von einer Mark je Tonne verhandelt werde. Wenn der Minister diese Äußerung tatsächlich getan haben sollte, so entspreche sie nicht den Tatsachen. Es sei richtig, daß vor Erlaß der Rotverordnung dem Bergbau von der Regierung mitgeteilt worden sei, was die Rotverordnung bringen werde, und daß damals erörtert worden sei, welche Ersparnisse und eventuell welche Preisentlastungen sich hieraus ergeben könnten. Der Bergbau habe aber damals zum Ausdruck gebracht und auch begründet, daß und warum er diesen Plan für verfehlt halte. Deshalb könne von Verhandlungen über Preisentlastung nicht die Rede sein, und der Bergbau könne seine Hand zu solchen Plänen nicht bieten.“

Die Ruhrherren können und werden ihre Hand also zu Plänen, wie sie die Rotverordnung vorsieht und Herr Dietrich sie will, nicht reichen. Werden die Ruhrherren auf den Erlaß der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verzichten? Werden die Ruhrherren die Löhne der Bergarbeiter, wie es die Rotverordnung eventuell vorsieht, deshalb nicht um die Versicherungsbeiträge kürzen, weil sie gegen eine Preisentlastung sind? Oder werden sie, was ihnen ähnlich sähe, beides einstecken wollen und jede Preisentlastung gleichzeitig ablehnen? Im übrigen wird sich auch Herr Reichsfinanzminister Dietrich zu äußern haben.

Kapitalismus macht zweimal Mehrwert

Wirtschaftssituation reif für Planwirtschaft.

Die Wochenchrift „Die deutsche Republik“ schreibt zu der Wirtschafts- und Staatskrise, in der sich Deutschland zur Zeit befindet:

Es ist noch nicht lange her, daß ein „fortschrittlicher“ Kapitalismus in Deutschland sich mit der Einschränkung seiner Herrschaft und seiner Profitrate durch die Erfüllungspolitik nach außen und die Sozialpolitik nach innen im eigenen Interesse — also mit Risikoprämien — abgefunden zu haben schien. Das war die Vera Stresemann und der Große Koalition. Sie kam nicht ohne Abplünderung eines frondierenden Flügels der Großwirtschaft — vor allem in den agrarischen Kreisen Ostelbiens aber auch in der westdeutschen Großindustrie — zustande.

Die Wirtschaftskrise hat auch die „vernünftigen“ Wirtschaftsführer nervös und wild gemacht und in das Lager der Frondeure getrieben. Im Faschismus hat sich das politische Ausfallmittel, von den sozialen Förderungen der Demokratie losgerissen. Als die Sozialrevolte des proletarisierten Mittelstandes statt den marxistischen Parteien der „nationalen“ Opposition in Gestalt der Hitlerbewegung zugute kam, und

die Bildung eines falschen Bewußtseins großer Massen geklärt

war, konnte man den Versuch machen, mehr oder minder freiwillig übernommene Bindungen des deutschen Kapitalismus zu befechtigen. Ein Vorstoß in drei Richtungen: gegen das Niveau der Löhne und Gehälter, gegen die sozialen Leistungen und gegen die Reparationslast. Es paßt zwar nicht zur Theorie des kapitalistischen Systems, aber um so besser in das Gewinnstreben seiner Ruhmnießer, daß diese Propaganda der Regierung staatlicher Eingriffe in die Freiheit der Privatwirtschaft durch eine ganz gegensätzliche politische Aktion „ergänzt“ wurde: durch das starke Festhalten an den selbstgeschaffenen Bindungen (Kartelle und Preisabreden) und das Bestreben, jedes Risiko von der privaten Initiative auf den Staat und die Gesellschaft (Zölle, Subventionen, Ausfallgarantien) abzuwälzen.

Wir haben längst den Zustand, indem die Privatwirtschaft zwar ihre Gewinne selbst behalten und sogar der Besteuerung entziehen will (Kapitalflucht), ihre Verluste aber — als ob das eine Selbstverständlichkeit wäre — auf den Staat, d. h. auf die Masse der „Keinen Leute“ abbürdet. Wir sind jetzt sogar in der Lage, daß diese „Keinen Leute“ mit einem außerordentlichen Opfer (Kriegsteuer) den Betrieb einer Wirtschaft durch Subventionskapital ermöglichen sollen, die ihr eigenes Kapital in die Schweiz gebracht hat. Zu deutsch:

Man verfehlt es, sich den Mehrwert — auf dem Umweg über den Staat — zweimal erkaufen zu lassen.

Diese Situation schreibt geradezu nach Sozialisierung. Sowohl die „subventionsbedürftige“ Schwerindustrie — Kohle, Eisen und Stahl — wie die unrentable Großlandwirtschaft sind mehr als reich, sozialisiert und dann freilich auch umorganisiert zu werden. Die Theorie, daß Uebernahme der Produktionsmittel in Kriegzeiten wirtschaftlich zum Verhängnis führen müsse, ist widerlegt durch die Tatsache, daß die Allgemeinheit längst die Kosten für die Krise des kapitalistischen Systems in Form von Arbeitslosenunterstützung, Subventionen und Zöllen trägt. Es wäre nur gerecht, daß auf die „Sozialisierung der Schulden“ auch die Sozialisierung des Vermögens folge.

Daß der Ausweg aus dieser durch die Anarchie in Produktion und Verteilung der Güter und die Disproportionen in der Kapitalverteilung der Wirtschaft entstandene Krise Planwirtschaft heißt, ist ernstlich nicht mehr zu bestreiten. Aber Planwirtschaft bei Privatbesitz der Produktionsmittel wäre ein Widerspruch in sich.

Die Regierung Brüning ist nicht als direkter Exponent des deutschen Kapitalismus zu betrachten. Das könnte nach Lage der Dinge doch nur noch eine rein faschistische Regierung — das vielbesessene Direktorium — sein. Brüning hat versagt, jetzt müssen wir die Macht in die Hände nehmen: so lautet dem Sinne nach die Einladung, die der „Langnamverein“ vor seiner letzten Tagung verschickte. Nachher fand man die Situation offenbar noch nicht ganz reif zur offenen Uebernahme der Macht — vielleicht hofft man, das Zentrum und mit ihm den jetzigen Kanzler selbst auf die Dauer doch noch „herumzukriegen“ — und beschränkte sich auf nichtsagende sozialreaktionäre Deklamationen, für die sich die erste Garnitur des deutschen Unternehmertums nicht zu schade vorkam. Aber das „Direktorium“ bleibt in petto. Dingeldey hat seinen Auftraggeber bereits in jeder Form nach dem Munde geredet. Nur scheint der Regierung Brüning eine Gnadenfrist bewilligt, außenpolitisch und für die Revision des Young-Plans die unangenehme Vorarbeit zu leisten. Das „nationale“ Direktorium soll sich nicht gleich vor dem Zustand kompromittieren müssen, dazu sind die jetzigen Minister gut genug.

Der Gedanke ans Zustand, an die kurzfristigen Kredite und an den Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft sollte eigentlich die faschistische Regierung erledigen, noch ehe sie geboren ist. Aber Katastrophenpolitik ist wieder einmal der Weisheit letzter Schluß. Schließlich sind es ja auch schon fast acht Jahre her, daß wir die schlimmen Erfahrungen des Cuno-Experimentes machen mußten. Wer nicht sehen will, daß sich eine Wiederholung des politischen Unfalls vorbereitet, der im Jahre 1923 mit dem gutgläubigen in Illusionen befangenen Volke angestellt wurde, hat die Aktionen der „nationalen“ Kreise nicht begriffen. Und es besteht nicht die geringste Hoffnung, daß wir um diese Wiederholung des Unglücksjahres herumkommen, wenn die Regierung keine anderen Lösungen zu bieten hat, als die bei der letzten Rotverordnung in Erscheinung traten. Rot ja, aber kein Handeln, das der Tatsache dieser Rot entspräche. Diese Rotverordnung ist nicht nur

eine durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse erzwungene soziale Ungerechtigkeit.

Die wird ihren Zweck nicht erfüllen und statt zur endgültigen Samierung der Finanzen und „Anfurbelung“ der Wirtschaft zu einer neuen Einschränkung des Konsums und damit selbstverständlich auch der Produktion und des Steueraufkommens führen. Opfer müssen gebracht werden, aber es beginnt sich ein elementarer Unwille gegen Opfer zu regen, die keinen Sinn haben.

Erscheint doch die gegenwärtige Reichsregierung selbst mehr und mehr als ein Opfer, ein Opfer der Tatsache nämlich, daß man der Wirtschaftskrise nicht in der politischen Unabhängigkeit von Kreisen begegnen kann, die durch ihre bloße Existenz die Ueberwindung der Krise verhindern. Abhängigkeit von den Interessensvertretern des Großgrundbesitzers, deshalb wird die so billiger nötige Agrarreform, verbunden mit der Senkung der Agrarzölle, verhindert. Abhängigkeit von der Reichswehr, deshalb keine ins Gewicht fallenden Sparmaßnahmen an der Stelle des Reichshaushalts, wo er's verträge. Abhängigkeit von der Deutschen Volkspartei, deshalb die mehr als übertriebene Schonung der „Selbständigen“ bei der Stoffelung der Kriegsteuer und der beginnende Abbau der sozialen Leistungen. Brüning führt nicht, kann gar nicht führen, weil ihm Führung nicht gestattet wird, weil die Kreise, auf die er sich stützt und die ihn jeden Tag zu Fall bringen können, die ihn nur nach dem Maß der Konzeption messen, das er ihnen zu machen hat, weil die wahren Herren Deutschlands diesen uneigennütigen und sachkundigen Politiker der Mitte nur als Wandschirm für ihre eigenen nach ganz anderer Richtung weisenden Tendenzen vorschoben. Bis zu dem Tag, an dem er ihnen nicht mehr willfährig genug oder — antwortlich erscheint!

Landespolizei und Hafenkrenz.

Sozialdemokratischer Vorstoß in Württemberg.

Stuttgart, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Im württembergischen Landtag führte die Sozialdemokratie bei der dritten Beratung des Etats eine große Aussprache über die Taktik der politischen Polizei in Württemberg herbei.

Ein Hand umfangreichen Materials konnte der sozialdemokratische Redner den Nachweis erbringen, daß ein Teil der leitenden Polizeibeamten zugunsten der Nationalsozialisten angestellt ist. Alle in der letzten Zeit zu verzeichnenden Propagationen der hafentreuerschweren Landalechtsformationen in Nagold, Stuttgart-Heslach, Feuerbach usw. kamen zur Sprache. Die Nazis durften sich bei dieser Gelegenheit der besonderen Sympathie der Polizei erfreuen, während ihre Gegner unter Anklage gestellt wurden. Unter diesen Umständen sei das gegen alle, auch die verfassungstreuen Parteien gerichtete allgemeine Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel für das ganze Land ein schmerzliches Unrecht.

Die Antwort des Staatspräsidenten Holz auf das erdrückende Beweismaterial war kläglich. Auf Einzelheiten ging er überhaupt nicht ein, weil er sie angeblich nicht nachprüfen könne. Zu dem allgemeinen Verbot habe er sich entschlossen, weil er anders die Ruhe und Ordnung nicht glaube aufrechterhalten zu können. Die parteipolitische einseitige Einstellung der leitenden Beamten seiner Polizeiverwaltung stellte er in Abrede.

Die sozialdemokratische Fraktion gab sich mit den Erklärungen des Staatspräsidenten nicht zufrieden. Sie brachte folgenden Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen,

einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zur Feststellung der zwischen Beamten der Innenerwaltung, insbesondere der staatlichen Polizei und den Organisationen der Nationalsozialistischen Partei bestehenden Beziehungen, sowie der zwischen ihnen getroffenen Verabredungen über die Abwicklung bestimmter Aktionen der Nationalsozialistischen Partei, wie sie bei den Vorgängen in Heslach, Nagold usw. zutage getreten sind.“

Da der Landtag nach der Verfassung verpflichtet ist, einen solchen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wenn er von einem Fünftel seiner Mitglieder (16) beantragt wird und die sozialdemokratische Fraktion allein 21 Mitglieder zählt, war die Annahme des Antrages von vornherein sicher. Den sozialdemokratischen Beschwerden wird nunmehr mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen werden. Der Untersuchungsausschuß hat das Recht der Akteneinsicht und selbständigen Beweisnehmung, zur Zeugenvernehmung usw. Er kann also in jeder Beziehung Klarheit und dadurch die Voraussetzung für eine Säuberung der Verwaltung von Beamten schaffen, die nicht auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen.

Kapitel Abrüstung. Die französische Regierung fordert 50 Millionen Franken als Vorchuß für die Erzeugung von synthetischem Ammoniak in den staatlichen Pulverfabriken in Toulouse. — Die Gewehrfabrik Karlsruh hat einen neuen kleinkalibrigen Karabiner hergestellt. Damit sollen die militärischen Übungen einberufenen Jugendgruppen ausgerüstet werden. Ein solcher Karabiner kostet 130 Pfund (65 Mark).

Zu der Kommunistenverhaftung in Reval verbreitet die Polizei, hierbei den Beweis erhalten zu haben, daß aus Rußland neue Letter heimlich nach Estland geschickt wurden, die die agitation gesteigert, eine Geheimdruckerei eingerichtet und mehrere Attentats, darunter „Liquidation“ Unzuverlässiger vorbereitet haben.

Kommunistische Ehrlichkeit.

Wie die „Rote Fahne“ Parlamentsberichte retuschiert.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat am 11. Juni im Landtag eine Erklärung abgegeben, die sich auf die Notverordnung der Reichsregierung bezog. Diese Erklärung war sehr kurz und machte in der Presse etwa 15 Zeilen aus. Schon das war der „Rote Fahne“ zuviel. Sie strich einige Zeilen, und merkwürdigerweise gerade die entscheidenden. Auch sonst beliebt sie eigenartige Redaktionsmethoden. Der Ministerpräsident hat zunächst festgestellt, daß die preussische Regierung an der Notverordnung der Reichsregierung weder mitgewirkt noch eine Mitverantwortung übernommen habe und sodann erklärt:

„Die preussische Regierung hat auch zur Zeit keine Veranlassung, sich mit dem Inhalt dieser Verordnung zu beschäftigen, jedoch wird die preussische Regierung, sollten die Bestimmungen der Verordnung sich in der Praxis als ganz unhaltbar erweisen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit auf entsprechende Änderungen hinwirken.“

Was macht die „Rote Fahne“ daraus? Sie bringt im Feildruck einen Satz:

„Preußen hat keine Veranlassung, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen“ und streicht und verstreicht völlig den entscheidenden Nachsatz, daß die preussische Regierung gegebenenfalls auf entsprechende Änderungen hinwirken wolle.

Die Tendenz dieser merkwürdigen Korrekturen an der Erklärung des Ministerpräsidenten ist klar: Den Lesern der „Roten Fahne“ soll nicht bekannt werden, daß die preussische Staatsregierung gegebenenfalls von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen wird, auf Änderungen der Notverordnung hinzuwirken. Die Leser der „Roten Fahne“ sollen eben mit allen Mitteln, auch mit denen größter Fälschung, in sture und fanatische Feindschaft gegen die preussische Staatsregierung hineingeheißt werden. Daß eine derartige Redaktionsführung noch auf den Ehrentitel Journalist Anspruch machen kann, wäre wohl zuviel behauptet!

Die Hege gegen Severing.

Auf der gleichen Linie wie diese Parlamentsberichte bewegt sich der Bericht, den die „Rote Fahne“ von gestern morgen über die Rede des preussischen Innenministers, Genossen Severing, vor den preussischen Landjägerbeamten gab.

Severing hatte nach eindringlicher Darlegung der gegenwärtigen politischen und sozialen Spannungen und unter Hinweis auf die kommunistischen Forderungen folgendes ausgesprochen:

„Gegen diese Beschimpfungen sehen wir unter gutes Gewissen und etwas Humor. Wir haben in diesen Krisenzeiten unsere Pflicht und Schuldigkeit zu tun, und es wäre daher falsch, sofort zum Schießprügel zu greifen, es wäre aber auch falsch, Aufrührern gegenüber mit Lavendel und Thymian vorzugehen. Rücksicht gegenüber Redensarten, keine Rücksicht gegenüber jenen, die durch Taten ein vollständiges Chaos herbeiführen wollen. Ich brauche keine neuen Dienstvorschriften zu erlassen, Sie selbst wissen, in welcher Situation Sie von den ernstesten Mitteln Gebrauch zu machen haben.“

Jeder Unbefangene wird aus diesen Worten entnehmen, daß Preußens Polizeiminister sich ganz klar gegen eine übereilte Anwendung der Schusswaffen — so wie es von der Rechten stets gefordert wird — ausgesprochen hat. Für die „Rote Fahne“ aber existieren diese Worte nicht. Im Bericht dieses Blattes finden wir im Feildruck:

„Gegen diese Beschimpfungen sehen wir unter gutes Gewissen und etwas Humor (!) ... Es wäre falsch, Aufrührern gegenüber mit Lavendel und Thymian vorzugehen ... Keine Rücksicht gegenüber jenen, die durch Taten ein vollständiges Chaos herbeiführen wollen.“

Durch die Unterschlagung des entscheidenden Satzes, der entschiedene Zurückhaltung bei der Anwendung der Schusswaffen fordert, erweckt das Kommunistenorgan den Anschein, als ob Severing die Landjäger zu besonders schroffem Vorgehen aufgefordert hätte.

Der Zweck dieser Hinterhältigkeit liegt auf der Hand. Den Anhängern der KPD. soll eingemurmelt werden, daß Preußens Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, es sich in der jetzigen Zeit besonders angelegen sein läßt, die Polizei „scharf zu machen“. Das ist dann wieder ein Grund mehr, um die kommunistischen Arbeiter gegen die „Republik des Polizeinippels“ und die „sozialdemokratischen Bluthunde“ aufzumiegeln und zu Krawallen zu verleiten, für die leider in den allerwenigsten Fällen die Verführer zu büßen haben.

Das Rindvieh an der Front.

Kriegsgeheimnisse des Nazihäuptlings Effer.

Nürnberg, 12. Juni (Eigenbericht).

Der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ wurde am Freitag wegen angeblicher Beleidigung des Nationalsozialisten Effer zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

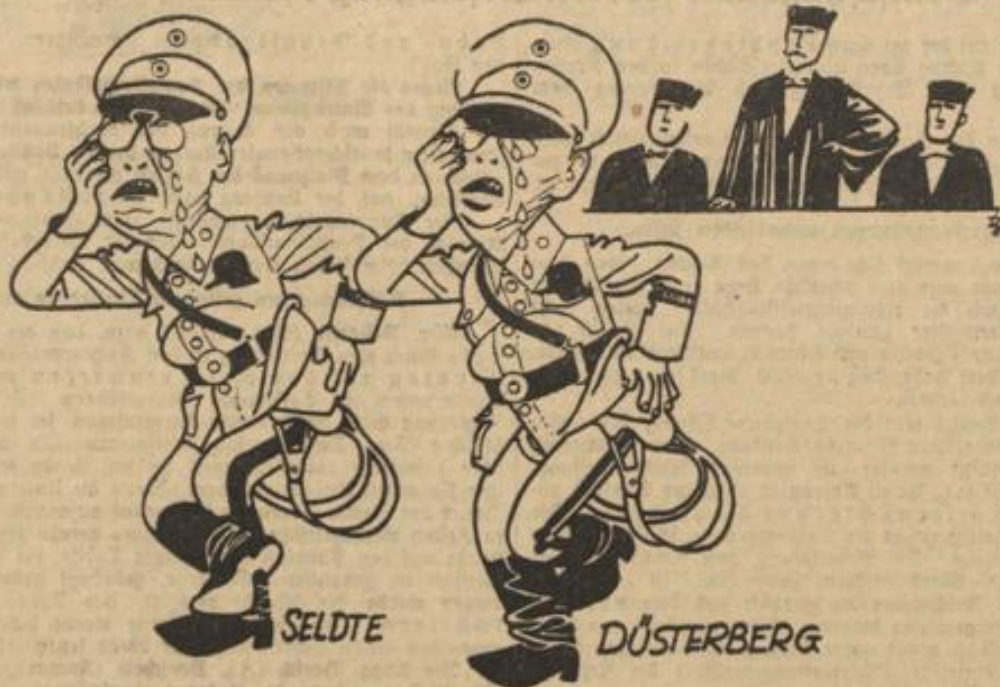
Effer, der als besonderer Vertrauter Hitlers in München zu einer einträglichen Stellung und zu öffentlichen Würden gekommen ist, hat seit vielen Jahren den Vorwurf des Frontdrückerbergers auf sich sitzen lassen. Der Vorwurf geht zurück auf die Aussage eines Kriegsgeschehenen, der 1918 mit Effer gleichzeitig Militärdienst in der Heimat machte und dem gegenüber Effer sich dahin äußerte: „Du bist ein Rindvieh, wenn du dich freiwillig an die Front meldest, mach es so wie ich und drücke dich. Ich gehe nicht hinaus, ich kenne den Schinddel.“

Die Äußerung Effers wurde 1924 in der damals existierenden völkischen „Deutschen Presse“ veröffentlicht und seitdem duzendmal wiederholt. Bis 1929 klagte Effer niemals und als er vor zwei Jahren den ersten Schritt dazu tat, ließ er nach einigen Monaten durch Zurückziehung der Klage den Prozeß wieder einschlafen. Erst jetzt zog er den verantwortlichen Redakteur der „Fränkischen Tagespost“ vor den Kadi, da dieses Blatt einen Bericht des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ über einen Rasturlaub in München veröffentlicht habe, in dem Stadtrat Effer wiederholt als Frontdrückerberger bezeichnet worden war. Die Klage wurde am Freitag in München verhandelt und der sozialdemokratische Redakteur zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Das äußerst merkwürdige Urteil wurde damit begründet, daß die Richtigkeit der von dem Kriegsgeschehenen Geäußerten Aussage nicht erweislich wahr sei. Dabei wurde aus alten Kriegsakten festgestellt, daß dieser Frontdrückerberger die Sachdarstellung der „Deutschen Presse“ bei einer Vernehmung am 30. Oktober 1925 in Rempten eidlich bestätigt hat. Dieser Geißel ist aber nicht mehr erreichbar. Er ist vor einiger Zeit nach Amerika ausgewandert und dort nicht mehr zu finden. Die Vermutung liegt also nahe, daß der Rat Effers zur endlichen Durchführung seiner Klage in mittelbarem Zusammenhang mit der Unauffindbarkeit des Geißel steht.

Nach dem Urteil.

Seldte und Düsterberg wurden wegen Beschimpfung der Republik zu je 500 Mark Geldstrafe verurteilt.



„Hu, hu, — und auf eine Republik, die sich von uns nicht beschimpfen läßt, dürfen wir nicht mal schimpfen!“

Mißwirtschaft der Landbund-„Bonzen“.

Wie die Preußentasse geneppt wurde.

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über die Preußentasse erstattete am Freitagabend der Berichterstatter Leinert (Soz.) den Schlußbericht über die Geschäfte der Preußentasse mit dem Reichslandbundkonzern, besonders der Genossenschaftlichen Zentralkasse. Genosse Leinert stellte fest, daß es den an die Genossenschaftliche Zentralkasse angeschlossenen Genossenschaften an echtem genossenschaftlichem Geiste gemangelt hat, was auf ihren engen Zusammenhang mit dem Landbund und dessen politische Einflüsse zurückzuführen gewesen ist.

Ob die Genossenschaften dem Landbund direkte Zuwendungen finanzieller Art gemacht haben, konnte vom Ausschuh nicht festgestellt werden. Jedoch haben einzelne Genossenschaften als „Propagandabehälter“ Summen an den Landbund abgeführt, weil dieser die Propaganda für die Genossenschaften mitmachte. Die meisten Landbundgenossenschaften leisteten sich eine luxuriöse Verwaltung, die weit über ihre Verhältnisse hinausgehende Mittel beanspruchte. So hat zum Beispiel Breslau allein mehrere hunderttausend Mark auf Automobilkonto stehen gehabt. Es wurden viel zu viel Direktoren mit sehr hohen Gehältern und langfristigen Verträgen angestellt (weswegen man sich auf der Rechten über die sozialdemokratischen „Bonzen“ dauernd aufregt. Red.) So konnte es nicht ausbleiben, daß mehrere Genossenschaften ihre Haftungen nicht aufbringen konnten. Durch Verschönerung ihrer Vermögensstücke machten sie sich selbst konkursreif. Dann mußte die G.Z.R. (Genossenschaftliche Zentralkasse) als Zentralinstitut für sie einspringen. Diese wurde dadurch selber konkursreif.

Ausdrücklich stellte der Berichterstatter fest, daß die Schwierigkeiten der G.Z.R. nicht etwa zurückzuführen waren auf eine schlechte Lage der Landwirtschaft, die im Jahre 1924 infolge der Inflation fast schuldenfrei dastand, sondern auf die Abstellung der Genossenschaften auf die Zwecke des Landbundes. Speziell ein großwahnsinniges Experiment des damaligen Direktors Landtagsabgeordneter Stubbenort hat zum Ruin der G.Z.R. geführt. Im Gegensatz zu seinem Mitdirektor Hoffmann und zu dem eigentlichen Zweck der Genossenschaften wollte Stubbenort mit diesen im Jahre 1924 eine Aktion zur Stützung der Getreidepreise durchführen. Mit viel zu geringen Mitteln begannen, mußte diese Aktion fehlschlagen und zu großen Verlusten führen. Nachdem die G.Z.R. bei einem Eigenkapital von fastlich nur einer Million Mark einen Totalverlust von etwa 7 Millionen erlitten hatte, mußte die Preußentasse einspringen, um den völligen Zusammenhang mit der Unauffindbarkeit des Geißel steht.

Sammenbruch zu verhindern. Die Verkaufsstelle der Landbund-Unternehmungen übernahm gegenüber der Preußentasse die Bürgschaft. Da aber die Verkaufsstelle selber nur ganz geringes Kapital hatte, war sie zu dieser Bürgschaftsübernahme nur instande, indem sie durch Buchungsmandat über ihr Vermögen erhöhte. So wurden die Grundstücke des Landbundes, die mit 1,2 Millionen zu Buch standen, auf 2 Millionen Mark heraufgebucht. Ferner verkaufte man ein wertloses Aktienpaket, das mit einer Mark zu Buch stand, für den Nominalwert von 1 Million Mark an eine Dortmunder Zweigstelle, kreditierte dieser den Kaufpreis, leiste ihm aber voll mit einer Million unter die Aktiven ein. So hatte man einen „Gewinn“ von 999 999 M. aus dem Verkauf des wertlosen Paketes erzielt!

Der Berichterstatter stellte fest, daß an dem Totalverlust von etwa 7 Millionen die Preußentasse in erheblichem Maße beteiligt sei. Sie hat außerdem noch mehrere hunderttausend Mark bei der Liquidation zum Ausgleich von Härten hergegeben, ohne daß dieser Betrag ausreichte. Während der frühere Präsident Sempar der Preußentasse vor dem Ausschuh den Standpunkt vertreten hat, daß — im Gegensatz zur Raiffeisenbank — den Landbundgenossenschaften schuldwidrige Geschäfte nicht zur Last fielen, stellte der Berichterstatter fest, daß die Roggenstützungaktion unter Stubbenort ein genossenschaftsfremdes Geschäft gewesen ist, daß außerdem an den Landbund mehrere hunderttausend Mark aus Genossengeldern gezahlt worden sind, um den Zusammenbruch des Organisationsapparates des Landbundes zu verhindern. Ganz zweifellos sind für diese Zwecke auch Mittel der Preußentasse verwandt worden.

Der Berichterstatter sah diese Gesichtspunkte in einer Reihe von Feststellungen zusammen, über die in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 6. Juli eine Aussprache stattfinden und Beschluß gefaßt werden soll.

Auskauf des Uralzess-Prozesses.

Disziplinarverfahren gegen Oberlehrer Dziesan.

Der Generalstaatsanwalt in Kassel ist einer Meldung des Preussischen Pressedienstes zufolge angewiesen worden, gegen den im Dresdener Uralzess-Prozess belasteten Strafanwaltsoberschreiber Dziesan in Kassel-Wehheiden, früher in Berlin-Moabit, die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und die Amtssuspension bei dem Disziplinarfenat des Oberlandesgerichts Kassel zu betreiben.

Der Ministerrat hat auf Vorschlag Briand's den Brüsseler Botschafter Peretti de la Rocca in den Ruhestand versetzt und den Botschafter in Madrid, Corbin, zu seinem Nachfolger ernannt. Der Botschafter in Moskau, Herbetie, wurde in gleicher Eigenschaft nach Madrid versetzt. Ein Nachfolger in Moskau ist noch nicht bestimmt.

Nach dem Ministerrat stattete das diplomatische Korps dem scheidenden Präsidenten seinen Abschiedsbesuch ab.

Lebruns Antrittsrede.

Paris, 12. Juni (Eigenbericht).

Senatspräsident Lebrun trat am Freitag nachmittag sein Amt an.

In seiner Antrittsrede sagte Lebrun u. a.: „Um die schwere Krise zu überwinden, die auf Europa lastet, muß es sich zu einem Wert der Zusammenarbeit und Wiederannäherung vereinen. Für dieses Werk steht sich Frankreich seit zehn Jahren in losger Weise ein und bringt dafür Opfer, die man manchmal für übertrieben halten kann. Morgen wie gestern bleibt Frankreich dieser notwendigen Zusammenarbeit zugetan. Zu diesem Zweck bringt es der Welt mit der berechtigten Sorge um Sicherheit seine glühende Friedensliebe, mit der Sorge um die Wahrung seiner in den Verträgen feierlich anerkannten Rechte sein weitgehendes Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse der anderen Völker und mit der Anhänglichkeit an die historische Ueberlieferung sein Vertrauen zu den neuen Organismen zum Ausdruck, die es mit dem internationalen Leben verknüpfen.“

Lebrun teilte dann mit, daß Senator Réjan sein Mandat niedergelegt hat. Gegen Réjan war wegen betrügerischen Bankrotts einer von ihm geleiteten Provinzbank Aufhebung seiner Immunität beantragt.

Gleiches Volk — gleiche Not.

Sparprogramm in Oesterreich.

Wien, 12. Juni (Eigenbericht).

Im Haushaltsausschuß des Nationalrats verlangte der Finanzminister, daß das Finanz- und Sparprogramm der Regierung mit größter Beschleunigung angenommen werde; die Regierung müsse wissen, ob sie auf Herstellung der Ordnung im Staatshaushalt im Sinne ihres Programms rechnen könne oder nicht. Die Lage sei sehr ernst, die Regierung könne eine Verzögerung nicht mehr verantworten.

Den Vertretern der Regierungsparteien gab der Bundeskanzler eine ähnliche Erklärung ab. Er verlangte ihre Entscheidung spätestens im Verlauf der nächsten Woche. Die Regierung beantragt sehr bedeutende Erhöhungen des Kaffee- und Teezolls, sowie der Monopolpreise von Salz und Tabak.

Doumergues letzter Ministerrat.

Französischer Botschafterwechsel.

Paris, 12. Juni (Eigenbericht).

Präsident Doumergue führte am Freitag zum letztenmal den Borgh im Ministerrat. Ministerpräsident Bonal sprach Doumergue den Dank für die dem Land geleisteten Dienste aus. Doumergue dankte für die Mitarbeit der Minister.

Schrei der Not

150 000 Menschen stehen vor dem Nichts

Am heutigen Sonntag wird die Rotgemeinschaft für den Frankenwald in Helmbrechts in Oberfranken unter dem Titel: „Das unbekannte Land“ im Lichthof des ehemaligen Kunstgewerbemuseums in der Prinz-Albrecht-Straße eine Frankenwaldausstellung eröffnen, die einerseits alle Natur-, Heimat- und Wanderfreunde interessieren wird, andererseits aber sich ganz besonders an die Wirtschaftspolitiker wendet.

Der Frankenwald, das ist das touristisch wenig aufgeschlossene, dem Norddeutschen und dem Berliner zumindest wenig bekannte Gebirgsgebiet, das die Brücke zwischen Thüringer Wald und Fichtelgebirge bildet. Größere Städte hat das Gebiet nicht. An seinem Ostrand liegt Hof in Bayern, im Süden Kulmbach. Im Norden bildet die Grenze der berühmte uralte Thüringer Grenzpfad, der Rennsteig. Alles, was von Probstzella, der thüringisch-bayerischen Grenzstation, bis nach Kronach und Lichtenfels links der Bahn, also östlich liegt, ist Frankenwald. Kronach, Helmbrechts, Naila, Stadtfleinach, Münchberg und Teuschnitz sind die Hauptorte. Niemand wird sie kennen, vielleicht mit Ausnahme von Kronach an der Berlin-Münchener Strecke, das mit seiner herrlichen alten Feste Rosenberg ein beliebtes Ziel für Jugendwanderer ist.

Der Frankenwald ist von jeher ein Gebiet der Hausindustrie gewesen, und es wird dort etwas hergestellt, was bei uns kein Mensch ahnt und weiß, nämlich die

Leiden-, Leib-, Brust-, Hals- und Kopftücher für die eingeborenen Völker der ganzen Welt.

Indien, Persien, Java, die Negerlande, China, die ABC-Staaten von Südamerika bezogen und beziehen teilweise heute noch die aus dem Frankenwald kommenden Schals, und die Ausstellung aller dieser eigenartigen Gewebe wird für unsere Frauenwelt keine geringe Anziehungskraft haben. 1917 wurden in Oberfranken noch 5000 Handwebstühle gezählt. 1300 meist weibliche Personen waren nur mit dem Drehen der Fäden für diese Tücher beschäftigt. Kronach und Lichtenfels, die südwestlichen Einfallspforten zum Frankenwald, waren und sind die Heimstätten eines zweifachen bodenständigen Wirtschaftszweiges, der Korbflechterei. 1901 war diese Produktion auf 10 Millionen Mark gestiegen, von der für 8 Millionen allein ins Ausland ging. In einem ganz verarmten Dorf kam jetzt ein Volksschullehrer auf den Gedanken, nach zeitgemäßen Mustern farbige Bastkörbe herstellen zu lassen. Er bildete eine Genossenschaft und hatte Glück damit. Auch davon sieht man eine Kollektion ausgestellt, und jedes Stück ist so schön, daß man es sofort kaufen möchte. Einzigartig ist auch

die große Schieferindustrie,

die sich besonders um das oberhalb von Probstzella gelegene Lehesten gruppiert. Weiterhin findet man Bleistiftfabrikation, Glasindustrie, Schuhindustrie, und als Anhängel der Thüringer bzw. der benachbarten Sonneberger Spielwarenindustrie die Maskenleberei. Wenn der ahnungslose Wanderer durch ein abgelegenes Dorf kommt, können ihm plötzlich die scheußlichen Fragen der zum Trocknen aufgehängten Masken angingen. Und alles, alles ist jetzt vor dem Erliegen und dem Zusammenbruch. Das Ausland schützt sich durch hohe Zollmauern und macht den Export unmöglich. Es ist festgestellt worden, daß Nordamerika ein aus Deutschland kommendes Tafeltuch im Wert von 300 Mark mit 240 Mark Einfuhrzoll belegt, während Deutschland selber nur etwa 15 Mark verlangt. Infolgedessen wird Deutschland mit billigen Stickeren aus der Tschechei, Italien und selbst China versorgt. Von rund 6000 oberfränkischen Stickerinnen sind nur noch 8,4 Proz. voll beschäftigt und 44 Proz. arbeitslos. Von 1800 Korb-

flechtern im Bezirk Kronach sind 54 Proz. arbeitslos. Hinzu kommen aber die den Absatz erschwerenden, zum Teil

jammervollen Verkehrsverhältnisse.

Die Reichspost leistet sich dort folgendes Heidenstück: Der Ort Dürrenweid liegt von dem gewerbetreibenden Geroldsgrün nur zwei Kilometer entfernt. Eine Postkutsche aber macht, um von Dürrenweid nach Geroldsgrün zu kommen, einen Umweg von über 130 Kilometer und kommt erst nach drei Tagen in dem zwei Kilometer entfernten Ort an. Die großen Bahnlinien Berlin-Saalfeld-Probstzella-Bamberg-München und Berlin-Leipzig-Hof-Regensburg-München gehen an dem Gebiet vorbei, das auch von keiner wesentlichen Bahnlinie gekreuzt wird. Die Straßen sind bis in den März hinein von Schnee blockiert und unpasseierbar. Folgender Fall gehört nicht zu den Seltenheiten: In den Schieferbrüchen in Lehesten sind Arbeiter tätig, die in 48 Kilometer Entfernung von ihrer Arbeitsstätte wohnen. Um rechtzeitig bei der Arbeit zu sein, müssen sie um 2 Uhr früh aufstehen und kommen abends um 10 Uhr heim, haben also nur vier Stunden Zeit zum Schlafen. Sie können weder Bahn noch Autobus benutzen, sondern nur ihr Rad, das sie natürlich bei den starken Steigungen im Gebirge auch noch schieben müssen. Vor zehn Jahren noch fand man in abgelegenen Dörfern zur abendlichen Beleuchtung den — Kienpan. Man kannte weder Petroleum noch Kerzen, die den armen Leuten eben zu teuer waren. Das sind nur ein paar Bildauschnitte. Möge die Ausstellung ihren Zweck erfüllen und auch Berlin und Norddeutschland auf dieses an sich wunderschöne Berg- und Waldland hinweisen, vor allem aber auf seine nicht mehr zu ertragende wirtschaftliche Not. Nur etwa 150 000 Menschen wohnen hier, von denen sich der größte Teil nur noch von Kartoffeln und Maiskaffee ernähren kann. Der Geschäftsführer der Rotgemeinschaft, Dr. Michel, wird in der heutigen Rundgebung in einer Ansprache die unerträglichen wirtschaftlichen und sozialen Nöte dieses an sich unendlich armen Gebietes schildern. Der Rotgemeinschaft gehören auch die Gewerkschaftskarteile Helmbrechts, Naila, Kronach und Teuschnitz des ADGB an.

Vom eigenen Hund zerfleischt.

Friseurpaar in Lichtenberg schwer verletzt.

In seinem Geschäft in der Jungstraße 19 in Lichtenberg wurden gestern nachmittag der 40 Jahre alte Friseur Otto Gebisch und seine gleichaltrige Frau von ihrem Schäferhund, der offenbar einen Tollwutanfall erlitten hat, angefallen. Das sich wie sinnlos gebärende Tier brachte den Eheleuten schwere Bismunden bei.

Gebisch hatte das sonst friedliche und harmlose Tier in eine Stube neben dem Laden gesperrt. Als sich der Hund durch Scharrn an der Tür bemerkbar machte, öffnete Frau G., um zu sehen, was es gäbe. Der Hund stürzte sich plötzlich auf seine Herrin und brachte ihr an den Beinen und Armen schwere Bismunden bei. Als Gebisch seiner Frau, die das rasende Tier nicht abzuwehren vermochte, zur Hilfe eilte, wurde auch er von dem Hund durch schwere Bismunden am ganzen Körper verletzt. Durch die offenstehende Ladentür lief der Hund dann davon. Ein Polizeibeamter, der des Weges kam und von dem Vorfall sofort in Kenntnis gesetzt wurde, nahm die Verfolgung des Tieres auf, um es unschädlich zu machen und weiteres Unheil zu verhüten. Auf dem Hof des Grundstücks Blumenthalstraße 24 gelang es dem Beamten, den Hund einzuhaken und durch einen Schuß aus seiner Dienstpistole zu töten. Während Frau Gebisch nach Anlegung von Rotoverbänden auf der nächsten

Rettingstelle und einer Schutzimpfung wieder entlassen werden konnte, mußte ihr Mann in das Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus gebracht werden.

Der Kadaver des Hundes wurde, da Verdacht auf Tollwut besteht, dem Robert-Koch-Institut zur eingehenden Untersuchung überwiesen.

Ein „feiner“ Arzt.

Ein Jahr Gefängnis wegen versuchter Abtreibung.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern Dr. Lorenz, in dessen Wohnung im Juni vorigen Jahres die 17jährige Gerda N. unmittelbar nach einem an ihr vorgenommenen Eingriff verstarb, wegen versuchter Abtreibung zu einem Jahr Gefängnis und den Kinobesitzer W. wegen Beihilfe zu 2 Monaten Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde für den Arzt abgelehnt. Das Gericht ist über den Antrag des Staatsanwalts — 9 Monate Gefängnis für den Arzt, 100 M. Geldstrafe für den Kinobesitzer — hinausgegangen.

Dieser Dr. Lorenz dürfte nach dem, was über ihn im Prozeß bekannt wurde, nicht mehr wert sein, praktischer Arzt zu bleiben. Nicht wegen der versuchten Abtreibung; nein, wegen seines Verhaltens zu der unglücklichen Siebzehnjährigen. Verlockt durch das martialisches Aussehen des „Instituts für operationslose Behandlung von Frauenleiden“, kommt sie in ihrer Not zu ihm und ist nicht imstande, die 500 M. aufzubringen, die er für die Operation verlangt. Schon nach der ersten Untersuchung wird er zudringlich, macht beim zweiten Besuch den Vorschlag, sie möge seine Freundin werden, dann würde er es unentgeltlich machen und fordert beim dritten Besuch im voraus Beweise dafür, daß sie ihm später nach vollführtem Eingriff nicht sofort untreu werden würde. Und wie dieser Doktor das alles ohne richtige Vorstellung von dem Verbrechenscharakter dieses Aussehens der heiligen Not des Mädchens im Gerichtssaal schilderte, so tat er es auch dem Vater der Siebzehnjährigen gegenüber, als dieser ihn aufsuchte, um etwas über die Umstände zu hören, unter denen seine Tochter starb. „Ich hätte ihm an die Kehle springen können“, sagte der einfache Mann vor Gericht. „Pui, solch ein Arzt.“ Der Vater leugnete, daß er seine Tochter verstoßen hätte, wenn sie sich ihm offenbart hätte. Und doch wird diese gewußt haben, weshalb sie sich Vater und Mutter nicht anvertraute.

Ihre einzige Vertraute war ihre Freundin, und von dieser erfuhr man, wie der Kinobesitzer an der Siebzehnjährigen gehandelt hatte. Niemand anders als er konnte der Vater des Kindes sein; das mußte sowohl er als auch seine Braut. Aber erst als sie ihm mit der Blutprobe drohte, gab er ihr die 50 M. für den Arzt, um hinterher dem Vater gegenüber in einem Trostbriefe die Vaterschaft einem anderen zuzuschreiben. So war Gerda bloß auf sich selbst und auf die Freundin angewiesen, und so ist sie im „Institut für operationslose Behandlung“ zugrunde gegangen.

Dr. Lorenz erklärte aber gestern vor Gericht, daß seine Praxis jetzt gut gehe. Wer weiß, ob er sich nicht des öfteren seine Arzthonorare anders bezahlen läßt als mit Geld? Eine Vorstrafe, die viele Jahre zurücklegt, läßt ihn in dieser Hinsicht nicht ganz ungefährlich erscheinen.

Nächtlicher Heberfall auf eine Frau.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde die 35jährige Frau S. aus Charlottenburg in der Rehrücker Straße in Tiefwerder bei Spandau von einem Manne angefallen, der ihr die Kleider vom Leibe riß und versuchte ihr Gewalt anzutun. Als sich die Heberfalle heftig zur Wehr setzte und laut um Hilfe rief, schwang sich der Täter auf ein Fahrrad und flüchtete. Schon gestern konnte der Wüßling, ein 31 Jahre alter Maler Georg D. aus Spandau von der Polizei festgenommen werden; der Täter ist geständig. Er beschuldigte einen Freund, ihn zu dem Heberfall angestiftet zu haben. Der Betreffende ist daraufhin ebenfalls in Gewahrsam genommen worden.



„Ich und mein Kollege kommen aus Berlin“, berichtete Ostap und drückte gleichzeitig Worobjew's Ellbogen, „ich möchte aber nicht, daß man davon spricht.“

Bald darauf wieder unterbrach er Worobjew, der sich an den Frühling seines Lebens zu erinnern begann und sagte: „Berlin hat eine merkwürdige Gewohnheit. Man pflegt dort so spät zu speisen, daß man nicht weiß, ist es ein spätes Mittagessen oder ein frühes Abendbrot.“

Elena Stanislawowna bejahte sich, riß ihren Kamischibild von Worobjew los und ging in die Küche.

„Und jetzt vorwärts, vorwärts, vorwärts!“ flüsterte Ostap. Er nahm Polesow unter den Arm. „Wird die Alte keine Unannehmlichkeiten bereiten? Eine verlässliche Frau?“

Polesow faltete die Hände, wie zum Gebet.

„Ruhland wird Sie nicht vergessen“, sagte Ostap wichtig. Worobjew hielt einen süßen Piroggen in der Hand und hörte Ostap verwundert zu. Der war aber nicht zu halten. Er ging los. Der große Organisator war begeistert — die Kaufstimmung vor einem großen Coup. Er lief wie ein Panther im Zimmer herum.

Elena Stanislawowna sah ihn in dieser Aufregung, als sie eben einen Samowar mühevoll aus der Küche trug. Ostap trat galant zu ihr, nahm ihr den Samowar ab und stellte ihn auf den Tisch. Der Samowar brodelte. Ostap beschloß zu handeln.

„Madame“, sagte er, „wir sind glücklich, in Ihrer Person...“ Er wußte nicht, wen er in Elena Stanislawownas Person zu sehen glücklich war und mußte von neuem beginnen. So sagte er in geschäftlichem Ton: „Ein großes Geheimnis. Staatsgeheimnis.“ Er wies mit der Hand auf Worobjew. „Wer ist Ihrer Meinung nach dieser mächtige Alte? Sagen Sie nichts — Sie können es nicht wissen. Dies ist ein Riese des Gedankens, Vater der russischen Demokratie und eine dem Zaren nahegehende Persönlichkeit.“

Worobjew stand auf und sah sich verloren um. Da er

aus Erfahrung wußte, daß Ostap Bender nichts ohne Berechnung tat, schwieg er. Polesow dagegen erzitterte vor allem, was er hier hörte. Er stand in der Poje eines Menichen da, der bereit ist, den Parademarsch zu exekutieren, den Kopf stramm nach oben gerichtet. Elena Stanislawowna setzte sich auf einen Stuhl und sah Ostap erschrocken an.

„Sind viele der Unseren in der Stadt?“ fragte Ostap ohne Umschweife. „Wie ist die Stimmung hier? Elena Stanislawowna, wir wollen uns mit Ihrer Hilfe mit den besten Persönlichkeiten der Stadt in Verbindung setzen, mit jenen, die durch das leidige Schicksal gezwungen sind, sich referiert zu verhalten. Wen kann man Ihrer Ansicht nach hierher einladen?“

Bei der Beratung, an der auch Viktor Michailowitsch teilnahm, kam man zu dem Schluß, daß man Ragim Petrowitsch Tscharuschnikow berufen konnte, den gewissen Beamten des städtischen Rathauses, der jetzt seltsamerweise Sowjetarbeiter geworden war, ferner den Geschäftsmann Djabew sowie den Direktor der Odeßaer Kunstgewerbe-genossenschaft Kisjarsti und schließlich noch zwei sehr verlässliche junge Leute.

„Da wir so weit sind, stelle ich das Ersuchen, diese genannten Herren sofort zu einer kleinen, streng geheimen Beratung einzuladen.“

Polesow stürzte aus der Tür. Die Kartenausschlägerin sah Worobjew verheerungsvoll an und entfernte sich gleichfalls.

„Was soll das bedeuten?“ fragte Worobjew und blies die Wangen auf.

„Das bedeutet, daß Sie ein Reaktionär sind“, sagte Ostap. „Warum?“

„Darum... Gestatten Sie mir eine ziemlich banale Frage — wieviel Geld besitzen Sie?“

„Funfunddreißig Rubel.“

„Und mit diesem Betrag wollen Sie alle Ausgaben unseres Unternehmens bestreiten?“

Worobjew schwieg.

„Das ist eben die Sache, mein teurer Chef. Ich glaube, Sie beginnen zu verstehen. Sie werden jetzt eine Stunde lang ein Phänomen an Geist vorstellen müssen und gleichzeitig eine Persönlichkeit, die dem Zaren nahegestanden hat.“

„Wozu all das?“

„Weil wir ein gewisses Betriebskapital brauchen. Ich feiere heute meine Hochzeit. Ich bin kein hergelaufener Bettler. Ich lasse mich nicht lumpen. Ich will an diesem besonderen Tag ein Belage veranstalten.“

„Was habe ich also zu tun?“ stöhnte Worobjew.

„Sie haben nur zu schweigen. Zuweilen nur, um sich wichtig zu machen, blasen Sie die Wangen auf.“

„Das ist doch alles... Betrug.“

„Wer hat das eben gesagt? War es vielleicht Graf Tolstoi? Oder Darwin? Nein, ich hörte es eben aus dem Munde eines Menichen, der gestern noch in die Wohnung der Grizewa eindringen und der armen Witwe die Möbel stehlen wollte. Denken Sie lieber nicht nach, Schweigen Sie und vergeffen Sie nicht, die Wangen aufzublasen.“

„Wozu sich in eine so gefährliche Sache einlassen? Man wird uns noch anzeigen!“

„Beunruhigen Sie sich nicht. Die Sache wird so durchgeführt werden, daß niemand sie verstehen wird. Jetzt wollen wir Tee trinken.“

Während die Unternehmer aßen und tranken und der Papagai seine Körner vertilgte, erschienen die Gäste.

Niklescha und Wladja kamen mit Polesow. Viktor Michailowitsch wagte es nicht, die jungen Leute dem Beistriesen vorzustellen. Sie setzten sich in eine Ecke und sahen zu, wie der Vater der russischen Demokratie kaltes Kalbsfleisch verzehrte.

Der gewisse Beamte des städtischen Rathauses, ein dicker, alter Mann, schüttelte lange Worobjew's Hand und sah ihm in die Augen. Begleitet von Ostaps wachem, lebhaftem Interesse tauschten die Mitbürger der Stadt ihre Höflichkeiten aus. Mitten im allgemeinen Gespräch wandte sich Ostap an Tscharuschnikow: „In welchem Regiment haben Sie gedient?“

Tscharuschnikow räusperte sich. „Ich... ich habe überhaupt nicht gedient, da ich das Vertrauen der Gesellschaft besaß und enthaben wurde.“

„Sind Sie Adeltiger?“

„Ja, ich bin es gewesen.“

„Ich hoffe, Sie sind es geblieben? Nur Mut. Man wird Sie brauchen. Hat Ihnen Polesow gesagt? — Das Ausland wird uns helfen. Vollständige Geheimhaltung der Organisation aber ist nötig! Aufpassen!“

Ostap jagte Polesow von Niklescha und Wladja weg und fragte gerade heraus, streng: „In welchem Regiment habi ihr gedient? Das Vaterland wird euch brauchen. Seid ihr adeltig? Sehr gut. Der Westen wird uns helfen. Nur Mut. Vollständige Geheimhaltung der Organisation, das heißt der Einzählungen und ähnliches, ist am Platze. Aufpassen!“

(Fortsetzung folgt.)

Schönheiten der Notverordnung.

Die Wünsche der Schwerindustriellen übertroffen.

Unter den Unmöglichkeiten, die in der Notverordnung angehäuft sind, gibt es einige, die in ihrer Absurdität einfach undurchführbar sind. Da ist zum Beispiel der § 7 Absatz 4 des zweiten Teils der Notverordnung, der sich mit den Gehaltskürzungen befaßt. Da heißt es, daß die Länder und Gemeinden (Gemeindevorstände) berechtigt und verpflichtet sind, spätestens mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlohnbezüge ihrer Arbeiter herabzusetzen, soweit sie die Bezüge „der entsprechenden Arbeitnehmer (Angestellte, ungelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter, Handwerker usw.) im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost übersteigen“. Am § 8 heißt es dann, daß zu Körperschaften des öffentlichen Rechts auch die Anstalten, Vereine, Stiftungen und Unternehmungen gehören, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts befindet. Man stelle sich die Konsequenzen aus diesen Bestimmungen vor. Die Notverordnung verpflichtet die Gemeinden, die Länder, die Reichsbahn und alle sonstigen öffentlichen Unternehmungen zu einem Eingriff in den Tarifvertrag.

Es wird hier nicht etwa den Trägern dieser Unternehmungen aufgegeben, mit den Gewerkschaften nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifvertrags einen neuen abzuschließen im Sinne einer Angleichung der Löhne an die der Reichsarbeiter, sondern die Gemeindeverbände, die Reichsbahn, die öffentlichen Betriebe erhalten das Recht, und es wird ihnen die Pflicht auferlegt, von sich aus ganz einseitig die Löhne zu diktieren, unter dem Vorwand, diese Löhne, denen „der entsprechenden Arbeitnehmer im Reichsdienst“ anzugleichen. Der Druck, der hier ausgeübt wird, wird besonders noch dadurch verstärkt, daß an einer anderen Stelle der Notverordnung eine Zuteilung aus Reichsmitteln zu den Wohlfahrtskassen ausdrücklich abhängig gemacht wird von der Durchführung der allgemeinen Lohnsenkung.

Die Schwerindustriellen hatten in ihrer extremsten Forderung verlangt, daß das Tarifrecht „elastischer“ gestaltet werden soll. Man soll den Unternehmungen das Recht zuerkennen, mit der Betriebsvertretung im Falle wirtschaftlicher Not Vereinbarungen zu treffen, bis zu einem gewissen Prozentsatz unter die Tariflöhne herabzugehen.

Die Notverordnung der Reichsregierung geht über diese Forderung der Schwerindustriellen Scharfmacher hinaus.

Von einer Vereinbarung ist hier nicht mehr die Rede. Für annähernd eine Million Arbeiter und Angestellten erhalten die Unternehmer das Recht, von sich aus einseitig und willkürlich die Löhne und Gehälter festzusetzen.

Nun sagt die Notverordnung, daß diese Bezüge denen der „ent-

sprechenden Arbeitnehmer“ im Reichsdienst angeglichen werden sollen. Wo gibt es aber im Reichsdienst zum Beispiel Weichensteller? Wo ist hier der „entsprechende Arbeitnehmer“? Es gibt eine Unzahl von Berufen, die im Reichsdienst nicht vorhanden sind. Der Reichsbahnverwaltung bleibt es vorbehalten, sich einen „entsprechenden Arbeitnehmer“ auszusuchen für den Weichensteller, den Güterbodenarbeiter usw.

Dank ihrer ausgezeichneten Organisation haben es die Gemeindearbeiter verstanden, sich in den meisten Städten und städtischen Betrieben erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Diese Ertragskämpfe will die Notverordnung mit einem Federstrich beseitigen. Sie macht nur eine Ausnahme, und zwar bei den öffentlichen Betrieben, die nicht zu mehr als 50 Proz. sich im Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften befinden. Also zum Beispiel in Berlin im Besitz nach der Notverordnung die Bezüge der Arbeiter und Angestellten der BSG, der städtischen Gas- und Wasserversorgung, der Räumereibetriebe usw. herabgesetzt werden auf die Bezüge der „entsprechenden Arbeitnehmer“ im Reichsdienst.

Die Arbeiter und Angestellten der zur Hälfte dem Privatkapital verfallenen Bawag trifft dies nicht.

Denn die Bawag befindet sich heute nicht mehr zu mehr als 50 Prozent des Gesellschaftskapitals in Händen öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Es sind nämlich genau 50 Prozent.

Damit wird den Arbeitern und Angestellten durch die Notverordnung demonstriert, daß es ihnen besser geht, wenn die öffentlichen Betriebe privatisiert werden. Bisher waren es gerade die Arbeiter dieser öffentlichen Betriebe, die sich der Privatisierung aufs Hartnäckigste widersetzt haben. Nun wird ihnen durch die Notverordnung klargemacht, daß nur die Auslieferung der öffentlichen Betriebe an das Privatkapital die Löhne und Gehälter garantiert, soweit sie durch Tarifvertrag vereinbart worden sind.

Wir wissen nicht, ob die Reichsregierung sich der Tragweite dieser Bestimmungen bewußt gewesen ist, als sie die Notverordnung beschloß. Sicher ist nur, daß diese Bestimmungen — wie so viele andere — unmöglich und unhaltbar sind.

Es ist ohne weiteres klar, daß zum Beispiel die Arbeiter eines städtischen Gaswerkes, für die es einen „entsprechenden Arbeitnehmer“ im Reichsdienst gibt, sich mit der Herabsetzung ihres Lohnes nicht einverstanden erklären und an das Arbeitsgericht gehen und dort ihr Recht suchen werden. Es würde einen Kattenprozeß von unausdenkbarer Kompliziertheit geben, wenn diese Bestimmungen der Notverordnung zur Durchführung kämen. Aber ganz abgesehen davon sind diese Bestimmungen auch politisch unhaltbar.

er sich zum Betriebsobmann wählen lassen konnte! Das sind die Leute, die von den Kommunisten mißbraucht werden können.

Nun sagen sie fest, Blaubach erhält acht Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Zwei andere erhielten sechs Monate Gefängnis ebenfalls mit Bewährungsfrist, und einer mit Geldstrafe. Doch der Redakteur des „Roten Sprachrohrs“, Hiller aus Könnern, der seinen Teil zur Verhütung der Arbeitslosen beigetragen hat und ebenfalls angeklagt war, redete sich darauf hinaus, daß er sich „nur zur Information“ in Kehlben befand, um einen „objektiven Bericht für sein Blatt zu bekommen“. Das ist kommunistische Solidarität. Die Hauptsache ist, daß die Drahtzieher ihre Haut in Sicherheit bringen. Die Brut der verführten Profeten wird durch irgendeinen Dreh schon abgelenkt werden.

Könige aber, der Führer des kommunistischen Landarbeiterverbandes im Bezirk Halle, antwortet auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er denn glaubt, daß seine Streikforderungen angenommen würden. „Darauf kommt es ja gar nicht an“.

Nun weiß es jeder, worauf es bei kommunistischen Streiks ankommt — oder vielmehr nicht ankommt. Nicht um Forderungen durchzudrücken werden Streiks geführt, sondern um dem Redakteur einer kommunistischen Zeitung die Möglichkeit zu bieten, einen „revolutionären“ Bericht zu schreiben, auch wenn dadurch Arbeiter ins Gefängnis wandern.

Die Lohnempfänger sollen es ausbaden!

Reinigung der Besitzer der privaten Badeanstalten.

Wiederholt hat sich die Öffentlichkeit in der letzten Zeit mit den privaten Badeanstalten beschäftigt. Es hat den Anschein, als ob die Besitzer der Anstalten, auf diese Art für ihre Betriebe am besten Propaganda zu machen.

Seit einem halben Jahr bemüht sich der Gesamtverband, die Mantelarifverhandlungen für die in diesen Anstalten beschäftigten Bademeister und Rasseure zu einem annehmbaren Abschluß zu bringen. Alle Verständigungsversuche des Gesamtverbandes sowie Vergleichsvorschläge des Schlichtungsausschusses sind an der Starrköpfigkeit der Unternehmer gescheitert. Es scheint, die Herren wollen den offenen Kampf. Anders kann man es nicht verstehen, wenn sie sich hartnäckig darauf versteifen, in diesem Jahr Urlaub nicht mehr zu gewähren. Sie beklagen sich, daß ein großer Teil der Kunden zu den städtischen Badeanstalten abgewandert sei. Glauben die Unternehmer etwa, daß die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft Badebetriebe aufsucht, deren Besitzer so reaktionär sind wie der Verein der privaten Badeanstaltsbesitzer?

Wir möchten den Unternehmern in ihrem eigenen Interesse raten, sich von den rückwärtigen Elementen in ihrem Verein zu befreien und den Bogen nicht zu überspannen.

Der Streik bei Opitz und Leppe beendet.

Der Abwehrstreik der Zeitungsboten bei Opitz und Leppe ist mit einem Vergleich beendet worden. Die Firma hatte versucht, einen Abbau der Löhne um 20 Proz. durchzusetzen. Dagegen wehrten sich die Boten durch Niederlegung der Arbeit, mit dem Erfolg, daß der Lohnabbau zum größten Teil unterbleibt.

Tränengas gegen Streifende.

Schwere Kämpfe im amerikanischen Kohlengebiet.

New York, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Im Kohlenrevier des Bundesstaates Ohio, wo bereits seit Wochen gestreikt wird, hat sich die Lage in den letzten Tagen außerordentlich verschärft. Angesichts dieser Situation entsandten die Behörden gegen die Streifenden zahlreiche Kriegsteilnehmer als Hilfspolizisten. Jetzt haben die Behörden zahlreiche Verhaftungen vornehmen lassen, weil Streikführer angeblich gegen die Hilfsbeamten tätlich vorgegangen sind und Bombenattentate beabsichtigt haben sollen. Die Folge war, daß 3000 Grubenarbeiter am Donnerstag verhaftet, die verhafteten elf Streikführer durch einen Sturm auf das Distriktsgefängnis gewaltsam zu befreien. Die Polizei wehrte die Angreifer mit Tränengas ab.

In Pittsburg, in Westpennsylvanien, kam es dieser Tage zu einem schweren Gefecht zwischen streifenden Bergleuten und Polizei. Kavallerie wurde zur Hilfeleistung herangezogen. Es kam zu einem stundenlangen Kampf, in dem auf beiden Seiten mit größter Brutalität von allen möglichen Waffen Gebrauch gemacht wurde. Schließlich wurden die Streifenden mit Tränengasbomben in die Flucht geschlagen. Zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte bedeckten den Kampfplatz. 25 Streikende wurden verhaftet.

Die Betriebsrätewahlen in der Schuhindustrie haben einen neuen Beweis dafür geliefert, daß die freigewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher auf der ganzen Linie ihre überragende Stellung gegenüber den gegnerischen Organisationseinrichtungen und Splittern gehalten hat. In 330 (1930:376) Betrieben mit 55 238 (65 275) Beschäftigten, von denen bis Ende Mai Meldungen einliefen, wurden insgesamt 1577 Arbeiterräte gewählt gegen 1717 im Vorjahr. Die Sitze verteilen sich folgendermaßen: Zentralverband der Schuhmacher (freigewerkschaftlich) 1425 (im Vorjahr 1555), Christlicher Lederarbeiterverband 76 (79), Hirsch-Dunderscher Verband 12 (8), Kommunistische RÖD. 32 (14), Nationalsozialisten 3 (7), Gelber Werteverein 4 (3), sonstige Vereinigungen 6 (0), Unorganisierte 19 (21).

Kämpfung Bauarbeiter! Die Bausperre gegen die Firma P e e f e, Spandau, Berliner Chaussee, und auf der Baustelle Treppenstraße (Lichtenberg), ist aufgehoben, da die tarifvertraglichen Verpflichtungen erfüllt sind.

Deutscher Bauwerksbund Bauwerkschaft Berlin.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Sonnabend, sind folgende Veranstaltungen: Südwest: Sommerfestessen in der Wittenbergkaserne. Treffen am 17. und um 20.5 Uhr Berliner Bahnhof. Umfassen etwa 1.25 M. — Jugendgruppe des Deutschen Betriebsarbeiter-Verbandes, Wandrung Tuhomberg. Treffen um 17. Uhr Berliner Bahnhof. — Wagnern, Sonntag, sind folgende Veranstaltungen: Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Fahrt nach Roffen. Treffen 8 Uhr Berliner Bahnhof, 6.50 Wittenberg. Roffen 1.30 M. — Karten für die Sommerfestessen am 20. Juni in Brieselang sind in den Gruppen zu haben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Sonnabend: Spiele im Freien ab 19 Uhr Sportplatz Humboldthain und im Schillerpark.

Deutsch-polnische Verständigung.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Am Donnerstag wurde im Reichsarbeitsministerium der deutsch-polnische Vertrag über Sozialversicherung unterzeichnet. Der Vertrag regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie der knappschafflichen Pensionsversicherung. Die beiderseitigen Staatsangehörigen werden in ihren Ansprüchen aus der Sozialversicherung gegenseitig wie Inländer behandelt. Bei den Rentenversicherungen werden die in den beiden Staaten zurückgelegten Beitragszeiten für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft und die Erfüllung der Wartezeit zusammengerechnet. Der Vertrag regelt ferner einige noch offene Fragen, die sich aus der Gebietsabtretung ergeben hatten.

Diese Vereinbarung geht in ihrer Bedeutung weit über ihre fachliche Tragweite hinaus. Sie zeigt, daß trotz aller nationalstaatlichen Verhütung die Verbundenheit der Völker diese zusammenführen muß. Der Stahlhelmrummel in Breslau hat an dieser Tatsache gar nichts ändern können. Wir hoffen deshalb mit Zuversicht, daß der soziale Friedensvertrag, der im Reichsarbeitsministerium zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden ist, nur der Vorläufer einer allgemeinen Verständigung ist.

Schwerindustrieller Vorstoß in Genf.

Internationale Solidarität der Unternehmer.

Genf, 12. Juni.

In der Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz kam es bei den Schlussberatungen über das Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau in der heutigen Nachmittagsitzung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem englischen Kohlenminister Shinwell und dem deutschen Unternehmervertreter, dem Generaldirektor des Zechenverbandes, Wisfoll. Der Kohlenkommission lag ein deutscher Arbeitgeberantrag zur Abstimmung vor, nach dem auf Grund des Artikels 405 des Verfallener Vertrags, der die Berücksichtigung außergewöhnlicher Verhältnisse bei dem Abschluß internationaler Arbeitsabkommen fordert, für den deutschen Steinkohlenbergbau die Zubilligung von 75 Ueberstunden im Jahr zur freien Verfügung der Arbeitgeber und weitere 75 Ueberstunden entweder auf Grund tariflicher Verhandlungen oder behördlicher Genehmigung gefordert wird! Generaldirektor Wisfoll begründet den deutschen Antrag mit dem Hinweis auf die heutige außerordentlich schwierige Lage der deutschen Steinkohlenindustrie, die von Konkurrenzländern umgeben sei. Die deutsche Steinkohlenindustrie sei durch Steuern, Sozialkosten und Reparationsabgaben schwer überlastet. Im Interesse der Wirtschaftserhaltung der Steinkohlenindustrie seien diese Ueberstunden unbedingt notwendig. Wenn dieser Antrag abgelehnt würde, sei es zu überlegen, ob das gesamte Arbeitszeitabkommen für Deutschland überhaupt noch annehmbar sei.

Diese Ausführungen führten zu ungewöhnlich scharfen Entgegnungen des englischen Kohlenministers Shinwell, der erklärte, der deutsche Arbeitgeberantrag sei nur humanitisch aufzufassen und

Oeffentliche Versammlung

am Dienstag, dem 16. Juni, 19^{1/2} Uhr, in der Aula der Rheingauschule, Friedenau, Homuthstraße.

Es spricht Genosse

Carl Severing

über das Thema:

„Der Kampf um Preußen“

wäre lediglich paradox. Die deutsche Steinkohlenindustrie habe keinerlei Anlaß, die Sonderregelung des Artikels 405 für sich in Anspruch zu nehmen, die lediglich für Länder mit abweichenden klimatischen oder geologischen Bedingungen vorgesehen sei. Es wäre erstaunlich, warum der deutsche Arbeitgeber nicht gleichzeitig auch eine Sonderregelung für China, Japan, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn beantragt habe. Die deutsche Kohlenindustrie sei heute die bestentwickelteste und bestausgerüstete. Die Kohlenkommission dürfe mit einem solchen Antrag nicht das Mindeste zu tun haben.

Der deutsche Arbeitervertreter Schmidt beantragte Ablehnung des deutschen Arbeitgeberantrags und erklärte, unter dem Vorwand der Reparationszahlungen dürften den deutschen Arbeitern nicht schlechtere Löhne und ungünstigere Arbeitsbedingungen auferlegt werden. Weitgehende Unterstützung fand der deutsche Arbeitgeberantrag jedoch durch den Vertreter der rumänischen Arbeitgeberverbände. Der deutsche Arbeitgeberantrag wurde sodann mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der deutsche Regierungsvorsteher enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme.

Lehren eines RÖD.-Streiks.

Worauf es der RPD. nicht ankommt.

Am 1. April sollten laut Anweisung der RPD. in ganz Deutschland, als „Austakt“ für die Gründung des kommunistischen Landarbeiter-Verbandes, Frühjahrsstreiks in der Landwirtschaft einsehen. Bei gutem Willen kann man ein oder zwei Dutzend von dem, was sich bei den Kommunisten Streik nennt, zusammenzählen. In Kehlben (Bezirk Halle) wurde auch vom 11. bis 14. März gestreikt. Ganz so, wie es die kommunistischen Drahtzieher haben wollten, erfolgte ein gerichtliches Nachspiel wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Vor Gericht standen als Rädelsführer der Kelter Blaubach und sechs Arbeiter, die an den Zusammenrottungen der kommunistischen Arbeitslosen aus Könnern und Umgebung teilgenommen hatten. Mit dem Streik hatte nur Blaubach etwas zu tun. Die anderen waren zur Unterstützung des Streiks als Streikpostenstreicher, Einkammerer von Unterführungen (der Streik dauerte vier Tage!) usw. tätig. Warum es zum Streik kam, konnte keiner der Angeklagten sagen, nicht einmal der Kelter Blaubach. Wären sie nämlich freigewerkschaftlich organisiert gewesen, dann hätten sie gemußt, daß 500 M., mit denen der Unternehmer im Lohnrückstand war, durch die Betriebsvertretung mit Hilfe des Arbeits- und Tarifrechtes eingeklagt werden konnten. Blaubach mußte nicht einmal, wie

Dauerhaftigkeit: DUNLOP



Bäder u. Kurorte



Das Fichtelgebirge. Das schmucke Werbeheft „Das Fichtelgebirge“, das die Verkehrsverbände dieser von der Natur so bevorzugten Landschaft jetzt gemeinsam mit dem Fichtelgebirgsverein herausbrachten, ist dazu berufen, diesem „deutschen Paradies“, wie es die Alten nannten, wieder die Geltung als Reisegebiet zu verschaffen, die es verdient. Auserlesene Lichtbilder lassen die Eigenart des verwitterten Granitgebirges mit seinen romantischen

Schluchten und trübnigen Felsenburgen, seine lieblichen Täler und bewaldeten Hänge erkennen. Zu beziehen durch alle Reisebüros und gegen 15-Pfennig-Markte durch die Verkehrsverbände in Bayreuth, Hof und Selb.

Offseebad Heiligenhafen (Holstein). Pensionspreise von 4 M. an, also der jetzigen wirtschaftlichen Lage entsprechend erheblich herabgesetzt. Kurabgabe ermäßigt. Uebernachtung statt 80

nur noch 40 Pf. Führer in jedem größeren Verkehrsbüro oder durch die Badeverwaltung.

Braunlage im Harz. Das mitten im Wald gelegene Schwimm- und Licht-Luftbad von Braunlage erfreut sich steigender Beliebtheit bei den Gästen. Ab 15. Juni nimmt die Braunschweigische Kraftverkehrs-Gesellschaft die Autobusverbindung von Bad Harzburg nach Braunlage auf zur Verstärkung der Kraftpost der Reichspost, die ganzjährig gefahren ist.



INTERNATIONALE
HYGIENE
AUSSTELLUNG
DRESDEN 1931

Besucht den Harz und Kyffhäuser

Alexisbad das Stahlbad des Harzes keine Kurtaxe!
Bade- und Trinkkuren, Laub- und Nadelwald. Gute Hotels u. Pensionshäuser. Pension von 4 bis 7,50 Mk. Prosp. d. Kurverwaltung Alexisbad.

Blankenburg (Harz) (251 Meter mittlere Höhe)
entrückend gelegener Luftkurort, mildes Gebirgsklima, viel Sonne, herrliche Wälder, großes Freibad.
Der Ort der Erholung!

Gernrode Klimatischer Kurort in prachtvoller Lage
300 m. Übermittellage an herrlichen, malerischen Kühen u. fabeln. Wäldern. Ausgangspunkt schüler. Harzpartien. 2 Frischwasserbäder, 12 Lichteräume. Idealer Wochenendplatz.
Mäßige Preise - Keine Kurtaxe

Harzgerode 490 m. der Hohenluftkurort d. Harzes. Bill. Pensionspreise. Keine Kurtaxe. Auskunft: Kurverw. Harzgerode.

Bad Süderode
wenn Sie wieder jung werden wollen. Das heilende Kalk- u. Solbad für Arterienverkalkung, Gicht, Herz, Armungsorgane u. Frauenleiden. Prospekt durch Kurdirektion

Elbingerode Harz 800 m. Brockengebiet
D. bel. bill. Höhenluftkurort, Schwimmbad, Gondeiteich, Tennispl., Pelztierf. Gasth. z. Schlitzhaus, Tel. 66, Neb. 5-530

Besucht Wieda den idyll. Luftkurort des Südhazes! 330-420 m. Freibad! Auskunft u. Prospekte Kurverwalt.

Auskünfte und Werbchriften durch alle Reisebüros, Kurverwaltungen und den Harzer Verkehrsverband e. V., Wernigerode.

Bad Kudowa
für Herz- Basedow- Frauen- Blut- Nerven-Leiden
Stärkste kohlen. Arsen- Eisen-Quelle

Prospekte in allen Reisebüros und durch die Badeverwaltung Bad Kudowa i. Schles.

NORD FRIESLANDS SEEBÄDER

KAMPEN (SYLT) SCHLESWIG-HOLSTEIN
WENNINGSTEDT (SYLT) NIEBÜLL
WESTERLAND (SYLT) DAGEBÜLL
WYK (FÖHR)
NORDDORF (AMRUM) HUSUM
WITTDÜN (AMRUM) GARDING
ST. PETER-ORDING TONNING
HEIDE
BÜSUM
HELGOLAND
CUXHAVEN
DUHNEN
BREMERHAVEN
WILHELMSHAVEN
HAMBURG
BREMEN

SEE-VERBINDUNG MIT DEN DAMPFERN DER
HAPAG SEEBÄDERDIENST G.M.B.H. HAMBURG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
PROSPEKTE DURCH BADEVERWALTUNG U. REISEBÜROS

BAD KREUZNACH
heilt Frauen, Kinder, Gicht, Rheuma

Pension ab M. 5.—, im Kurhaus-Palasthotel ab M. 12.—
(in Vor- und Nachsaison M. 10.—)
Billige Pauschalkur- und Erholungsaufenthalte

Ostseebad Heiligenhafen
In Holstein
Pension ab RM. 4.—
Führer durch die Badeverwaltung

Bad Schmiedeberg
Bezirk Halle a. S.
Städtisches Eisenmoorbad
Seit über 50 Jahren hervorragend bewährt bei Gicht, Rheuma, Frauenleiden usw.
Herrl. Waldgegend. Wochenendziel.
Näheres durch Magistrat, Badeverwaltung
Kurzzeit: April bis November.

Gelenk-, Nerven-Frauenkrankheiten, Alterserscheinungen heilt
Bad Landeck
in Schlesien
Radium-Thermalkuren Moorbäder pp. Pauschalkuren
Auskunft u. Prospekte, Städt. Badeverwaltung und Reisebüros.

Ahlbeck (Seebad)
Pensionshaus „Glock auf“, Kaiserstraße 22, zwei Minuten vom Strand.
Bes.: Stettiner, Konsum- u. Spar-Versig. 16 gut eingerichtete Zimmer, fließendes Wasser, beste Verpflegung, Zimmer mit und ohne Pension.
Vor- und Nachsaison Preisermäßigung. Näheres durch den Verw. W. Orbel (Rückporto)

Güstebiese
(Rumorf), Sandbäder, See an Wald und Ober. Angri. u. Badgelegenheit. Großer Garten mit schöner Aussicht, herrliches Licht, Warmbad im Dampfb. Beste Verpf. mit Zimmer 4.—, Juli 4.25
Pension Deutsches Haus, Teleph. Nr. 6

Staatl. Bad
Meinberg
Lippe-Teufburger Wald
Gicht-, Rheuma-, Herz-, Nerven- und Frauenbad
Pauschalkuren
Inhalatorium

NORDSEEBAD Worderney
Seewasser-Wellenschwimmbad
1931 neu eröffnet

Erholung in
WILDEMANN
420-600 m
Oberharz
mäßige Kurtaxe, Schwimmbad, Tennis, Kurkonzerte usw.

Besucht das von Bergen und Hochwald umgebene
OSTSEEBAID MISDROY
kostenlos durch Reisebüros, Verband Deutscher Ostseebäder u. Kurverwaltung

AHLBECK OSTSEEBAID
Prospekte durch die Badeverwaltung

Herzheilbad Altheide
Neu erfasste natürliche kohlen-saure Stahl-Sprudel von außerordentlich hoher Ergiebigkeit! Mineral-Moorbäder, Hydro- und Elektrotherapie, — Neuzeitliche Kur- und Badehäuser, — Behagliche Wohnungen, gute Pensionen zu mäßigen Preisen.
Pauschalkuren 20 Aerzte
Sanatorium Bad Altheide
Chefarzt Prof. Dr. Ernst Neisser, bisher Stettin
Klinisch geleitete Kuranstalt für Herz- und Gefäßleiden. — Dillkuren, eigene Sprudelbäder.
Kurhaus Bad Altheide
Sprudel- und Moorbäder im Hause. — Alle Zimmer mit fließendem Wasser, einige mit Privatbad. — Bekannt gute Küche.
„Altheider Herz-Diät“ ohne Preiszuschlag.
Prospekte kostenfrei durch die Badeverwaltung Altheide

Versäumen Sie nicht die weltberühmten Naturwunder des Harzes
die Rübeler Tropfsteinhöhlen
Hermannshöhle u. Baumannshöhle in Rübeland, Harz zu besichtigen.
Gute Unterkunft in Hotels u. Privat jederzeit möglich.

Sommerfrische Neuenburg (Frankenwald)
Waldreiche Gegend, schöne luftige Zimmer, 12 Federbetten, ruhige Lage auf dem Conr. 3 Minuten vom Walde entfernt, bei voller Pension im Tage mit Zimmer, Best. und 4 fröhliche Mahlzeiten 2. 4.—
Prospekte und Retenzen zu Diensten.
Landhaus Friedrich Wunner, Neuenburg-Marktleugast (Frankenwald) Bahnstation Münchberg (Oberfranken).

Wanderheim Oberkletzmühle Bad Freienwalde, Oder
mitten im Walde am Teufelssee gelegen, empfiehlt für die Ferien Zimmer mit und ohne Verpflegung, Pension Mk. 4.—, Schulen, Wandergruppen, Touristen, Turn-Sportvereine, Sangesbrüder, Kegelsklubs usw. erhält billige Unterkunft und Verpflegung. Fritz Schukar, Besitzer.

Swinemünde
das See- und Solbad der Ostsee hat den schönsten Strand der Welt
Saison 1931
Preisabbau auf der ganzen Linie.

Nordseebad Tönning
die herrliche Sommerfrische, die sich jeder leisten kann.
Sommer, grüner Südtstrand / Gute Unterkunft / Reichl. Verpfleg. / Pension von 4 M. ab / Keine Kurtaxe / Belgolandsbäder / Führer u. Wohnungsanträge durch die Badeverwaltung 31.

Neuruppin (Luftkurort)
Am schönen Ruppiner See Pfört zur Ruppiner Schweiz. Wälder, Seen, Anlagen, hist. Sehenswürdigkeiten, Angel- u. Badegelegenheiten, Sportmöglichkeiten. Günstige Bahnverbindungen. Sonntagsrückfahrk. von u. nach Berlin H. Kl. 6, 10 M., III. Kl. 4, 20 M.

München!
Empf. pa. Zimmer, a. Bst. Bestpr. 2,50 M. m. Frühstück. Anm. erw. Frau Sterl, Schillerstr. 31, 3 Treppen.

Gebirgs-Sommerfrische Wünschelburg (Sachsen)
Pulsatork, schönsten Ferienort, herrliche Waldgegend, großer Strandbad, gute Verpflegung von 2,50 M. — bis 4,50 bei Parteilagen
G. Harz, Gärtnerei und Pension

BAD ORB
IM SPESSART

Das aufblühende Heilbad für Herz, Gefäße, Rheuma, Magen, Darm u. Leber in reizender Lage, mit vorzüglich mildem Klima und drei an Kohlen-säure überreichen radioaktiven Sprudeln. Abgestufte Bäderkuren, Trink- und Inhalationskuren.
Direkter Versand der Marlinusquelle zu Hastrinkkuren.
Reiseweg: Von Wächtersbach (D-Zugstation der direkten Strecke Berlin-Frankfurt a. M.) in 15 Minuten. Verlangen Sie kostenlosen Prospekt durch die Kurdirektion.

Kurhaus-Hotel
Das führende Haus in Regie der Kurverwaltung.

Dreiviertel Milliarden!

Devisenverluste der Reichsbank. — Die Gefahren für die Wirtschaft.

Seit etwa drei Wochen laufen bei der Reichsbank verstärkte Anforderungen nach ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) ein. Zunächst wurde diese weit über den gewöhnlichen Bedarf hinaus vermehrte Nachfrage befriedigt aus den alten Devisenbeständen der Reichsbank; seit Anfang Juni aber sieht sich das deutsche Noteninstitut gezwungen, zur Beschaffung der angeforderten Devisenmengen an allen Hauptplätzen der Welt Gold zu verkaufen. Die Reichsbank hat bisher das Gold teilweise ihrem Berliner und teilweise ihren ausländischen Depots entnommen.

Ueber den Umfang der Goldverluste in der ersten Juniwoche ist man aus dem Reichsbankausweis auf Heller und Pfennig unterrichtet. Danach beziffert sich die Goldabgaben nach dem Ausweis vom 6. Juni auf 90,4 Millionen Mark. Hinsichtlich der Devisenabzüge ist man teilweise auf Schätzungen angewiesen, da die Reichsbank nur die Veränderungen der sogenannten deckungsfähigen Devisen (d. h. Auslandswchsel mit nur 14tägiger Laufzeit) anzeigt, während die Verkäufe von Devisen mit längerer Laufzeit, die unter „Sonstige Wechsel und Schecks“ und „Sonstige Aktiva“ verbucht werden, nur summarisch aus der Bewegung auf diesen Konten geschätzt werden können. Infolgedessen läßt sich die wirkliche Höhe der Devisenverluste seit dem 1. Juni nur annähernd bestimmen. Sie dürfte sich bis einschließlich gestern auf kaum weniger als dreiviertel Milliarden Mark belaufen, wobei besonders zu bemerken ist, daß in den letzten vier Tagen durchschnittlich mehr als 100 Millionen Mark Devisen abgegeben werden mußten.

Dreiviertel Milliarden Devisenverluste brauchen gegenüber einem jetzt noch vorhandenen Gold- und Devisenbestand von annähernd 2½ Milliarden Mark keine währungstechnische Beunruhigung auszulösen.

Vorläufig liegen die Nachteile dieser Devisenabzugsaktionen hauptsächlich darin, daß die Reichsbank bei einem weiteren Anhalten der Devisennachfrage schnell zu scharfen Abwehrmaßnahmen greifen muß.

Zum mindesten sind die bisherigen Vorgänge auf dem Devisenmarkt jetzt ein absolutes Hemmnis für die rein konjunkturpolitisch längst fällige und bis vor kurzem auch geldmarkttechnisch noch möglich gewesene Kreditverbilligung durch Diskontherabsetzung. Jetzt besteht im Gegenteil für den Fall einer weiteren Zuspitzung auf dem Devisenmarkt die dringende Gefahr entweder einer Diskonterhöhung oder — was wahrscheinlicher und vielleicht auch zweckmäßiger ist — die Gefahr einer Kreditrestriktion gegenüber den Banken. Da der größte Teil der Devisen auf ausländische Geldkündigungen zurückzuführen ist und diese Auslandsgelder wegen der Beunruhigung über Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage zurückgezogen werden, also auch durch einen höheren Zinsanreiz nicht im Lande gehalten werden könnten, so müßte diesmal eine Diskonterhöhung — das übliche Mittel, um Auslandsgeld anzuziehen — voraussichtlich versagen. Sogar über den demonstrativen Wert einer Diskonterhöhung gegenüber dem In- und Ausland kann man durchaus im Zweifel sein. Es steht zu befürchten, daß das Warnsignal einer Diskonterhöhung, statt beruhigend zu wirken, im Gegenteil die politische Verunsicherung und das Mißtrauen des In- und Auslandes erst recht verstärken würde. Da auch jetzt die deutschen Großbanken ihre Devisenanforderungen zu einem erheblichen Teil mit Reichsbankkredit finanzieren dürften, so würde eine Beschränkung ihrer Kredite durch die Reichsbank wahrscheinlich auch diesmal prompt — wie bereits früher schon — eine Eindämmung der Devisennachfrage zur Folge haben. Mit Rücksicht auf

Die schwerwiegenden Folgen einer solchen allgemeinen Kreditrestriktion.

besonders bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft, wäre es wünschenswert, daß die Anwendung dieses letzten Verteidigungsmittels der Reichsbank der deutschen Volkswirtschaft erspart bliebe. Das ist aber jetzt zweifelhaft geworden, nachdem selbst die Partei des Reichsbankpräsidenten Katastrophenspolitik zu treiben begonnen hat.

Noch bis vor kurzem schien es, daß die Devisenabzugsaktionen, soweit jedenfalls das Ausland die Ursache ist, abebben würden. Nach Angaben der Banken spielten bis in die letzte Zeit Anforderungen infändischer Kunden für Kapitalfluchtzwecke keine entscheidende Rolle, sondern nur die Gelbziehungen des Auslandes. Die außergewöhnliche Höhe der letzten Devisenabzüge mit mehr als 100 Millionen täglich lassen auch hier auf einen Wandel schließen, denn es ist nicht anzunehmen, daß lediglich die Nichtverlängerung jeweils fälliger Auslandskredite solche große Tagessummen ausmachen würde. Vor allem aber ist wahrscheinlich, daß die Großbanken im voraus und für alle Fälle ihre eigenen Devisenreserven auf Kosten der Reichsbank weitgehend zu erhöhen trachten, um im Falle einer beschränkten Kreditrestriktion weniger von der Reichsbank abhängig zu sein.

Bisher ruhte der ganze Druck der Devisenabzüge reiflos auf der Reichsbank.

obwohl die großen Privatbanken ihrerseits über reichliche Devisenguthaben im Ausland verfügen, deren Einsetzen die Stöße auf dem Devisenmarkt stärker hätte abfangen können. Leider bestätigen auch die jetzigen Vorgänge wiederum, daß die Reichsbank nicht — wie es sein sollte — die letzte, sondern die erste Devisen- bzw. Liquidationsreserve des Landes darstellt. Es scheint uns aller Anlaß gegeben, den Großbanken begreiflich zu machen, daß die Aufrechterhaltung oder Verstärkung ihrer Devisenliquidität nicht ausschließlich auf Kosten und zu Lasten der Allgemeinheit gehen darf. Denn die Rückwirkungen einer der Reichsbank aus Deckungsgründen etwa ausgezwungenen Diskonterhöhung oder Kreditrestriktion müßten die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Stadium der Konjunktur unabsehbar schädigen.

Die Banken haben die Auspowerung der Reichsbank auch nicht so nötig.

wie es scheint. Die deutschen Großbanken haben in den letzten Monaten mit der Aufnahme von neuen kurzfristigen Auslandskrediten merklich zurückgehalten, teils freiwillig, teils zwangsläufig. Man darf annehmen, daß die in den letzten Jahresbilanzen mit rund 4½ Milliarden Mark ausgewiesene kurzfristige Auslandsschuldung der Banken inzwischen um mindestens ½ Milliarde verringert worden ist. In dem Rest von etwa 4¼ Milliarden stecken aber noch etwa 1¼ Milliarden sogenannte Reimbourskredite (Garantieverbindlichkeiten bei ausländischen Banken für Wechselkredite deutscher Importeure), die erfahrungsgemäß kaum gefündigt werden. So blieben als durch Kündigung gefährdet anzusehen noch vielleicht 2½ Milliarden. Zur Deckung ihrer Auslandsschuldungen unterhalten nun die Großbanken auf der anderen Seite entsprechend Gegenguthaben im Ausland; diese sogenannten valutatischen Deckungsmittel wurden in den letzten Jahresbilanzen mit rund 1¼ Milliarden ausgewiesen. Unter der Annahme, daß diese privaten Devisenreserven der Großbanken nach den letzten großen Vorratkäufen der Banken wahrscheinlich sich nicht verringert haben, würden also höchstens ¾ bis 1 Milliarde der Großbanken zur Deckung auf die Devisen- und Goldreserven der Reichsbank angewiesen sein. Die Banken wären also in der Lage, die Reichsbank erheblich mehr zu schonen, als es bisher geschehen ist, und zur Vermeidbarkeit einer Kreditrestriktion erheblich beizutragen.

Jedenfalls ist die Lage für die Reichsbankpolitik hochverantwortlich und für die Gesamtwirtschaft sehr ernst. Für die Sicherheit der Währung, das sei mit allem Nachdruck gesagt, besteht keinerlei Gefahr. Gerade aber weil keinerlei Inflationsgefahr besteht, sind die wirtschaftlichen Gefahren um so größer. Gegenüber diesen unabsehbaren wirtschaftlichen Gefahren scheinen rechtsprechende Regierungsparteien jetzt Dabonque spielen zu wollen. Diesen Gefahren zu begegnen muß auch die grundlegende Umgestaltung der Notverordnung in sozialpolitischer Hinsicht dienen, nachdem die Unruhe und das Mißtrauen des Auslandes, die unser Kreditssystem so ernst bedrohen, auch durch die innerpolitischen Wirkungen der Notverordnung verstärkt worden sind.

auf 106 Millionen zurück. Die anderen Zweige der Sachversicherung (Haftpflicht, Transport-, Kreditversicherung) schlossen nicht so günstig ab.

Versicherungsgewinne.

Wir konnten schon an den Allianz-Abschlüssen zeigen, daß die Aktionäre der Versicherungsgesellschaften heute Renten beziehen, die in der deutschen Wirtschaft nicht ihresgleichen haben. Die Hauptgesellschaft des Nordstern-Konzerns, die Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-A.G., hat mit starken Verlusten abgeschlossen (aus der Übernahme der zusammengebrochenen „Vaterländische und Rhénania“). Aber die Nordstern Lebensversicherungsbank A.G., Berlin, hat glänzend verdient (wie im Vorjahr)! Die Aktionäre erhalten wieder die außerordentliche Dividende von 14 Proz.; dazu erhalten sie eine Zuzahlung zu ihrer Kapitalbeteiligung, die noch einmal 10 Proz. ausmacht, so daß sie insgesamt 24 Proz. Dividende bekommen. Glückliche Leute, die jährlich ein Viertel ihrer Kapitalbeteiligung als Rente beziehen!

Die Zollgeschenke der Notverordnung. Allein 40 Millionen aus der Erhöhung der Mineralölle.

Aus Faktoren wird uns geschrieben: „An der 2. Beilage Ihres Blattes vom 10. Juni, Nr. 265, nehmen Sie zu der Notverordnung Stellung und erwähnen hierbei die Gewinne, die dadurch der Schwerindustrie unverdient in den Schoß gefallen sind. Da es hierbei beiläufig heißt, daß dieser Punkt im Rahmen der ganzen Notverordnung nur eine Kleinigkeit darstellt, es verlohnt sich nachzuprüfen, wie groß dieses Geschenk für das schwerindustrielle und Chemiekapital ist.“

Man muß nämlich wissen, daß an Benzol etwa zwei Drittel des deutschen Bedarfs, das sind etwa 330 000 Tonnen, von dem im Benzolverband vereinigten Inlandsgeheim erzeugt werden. Die inländische Benzinerzeugung erfolgt in erster Linie in den den V. O. Farben gehörenden Beunawerken, die etwa 100 000 Tonnen Benzol auf dem Wege der Kohlenverflüchtigung herstellen. Daneben wird auch aus dem deutschen Erdöl im Hamboverschen und den benachbarten Gebieten etwa 50 000 Tonnen Benzol im Jahre ge-

wonnen. Es gibt somit eine inländische Produktion an Benzol und Benzol, die etwa 480 000 Tonnen im Jahre beträgt und die wohlverstanden von der in der Notverordnung vorgesehenen Zollerhöhung nicht betroffen wird.

Diese Zollerhöhung beträgt beim Benzol 9,03 M. je 100 Kilo (neuer Zoll 21,93 M. anstatt des alten von 12,90 M. per 100 Kilo) und beim Benzol 8,40 M. je 100 Kilo (neuer Zoll 20,40 M. anstatt des alten von 12 M.). Hierzu kommt noch das im Inland hergestellte Petroleum, bei welchem die Zollerhöhung 8,75 M. je 100 Kilo ausmacht.

Dies alles ergibt zusammen ein Stümchen von mindestens 40 Millionen Mark. Da man es unterlassen hat, die inländischen Erzeuger mit einer entsprechenden Ausgleichsteuer zu belegen, fließen diese Summen als müheloses Gewinn in die Taschen des Schwerkapitals, das nur beim Benzol die Differenz bisher nicht voll aufgeschlagen hat. Die Geschädigten hierbei sind die Verbraucher und die Gewerbetreibenden, die diese Zuwendungen an die Großindustrie in der Form von erhöhten Betriebsstoffpreisen zu tragen haben.“

Brandenburgs Kraftwirtschaft.

Ausbau beim REW. — Kapitalerhöhung notwendig.

Die Rätische Elektrizitätswerk Aktien-Gesellschaft, Berlin (REW), wurde jahrelang als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen gemeinsam von der Provinz Brandenburg und der UEG geführt. Seit 1920 befindet sich das ganze Kapital in öffentlicher Hand, zur Hälfte bei der Provinz Brandenburg und zur Hälfte bei den angeschlossenen Stadt- und Landkreisen. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1930 ist in Anbetracht der Krise sehr günstig; das ist wieder ein Zeichen dafür, daß die öffentliche Hand durchaus in der Lage ist, in der Versorgungswirtschaft Hervorragendes zu leisten.

Der Bruttoertrag ist von 25,2 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 26,8 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. Da der Bilanzwert der Anlagen, deren Ausbau in Anbetracht der Wirtschaftskrise nur beschränkt weitergeführt wurde, sich von 149,1 auf 160,5 Millionen Mark erhöhte, wurden die Abschreibungen und Rückstellungen von 15,6 auf 17,1 Millionen Mark gesteigert. Auf das 50-Millionen-Kapital wird wieder eine Dividende von 10 Proz. verteilt. Die Bankguthaben sind mit 6,6 Millionen Mark (8 Millionen) immer noch sehr hoch. Die Gesamtsumme der Reserven (gesetzlicher Fonds, Abschreibungsfonds, Rückstellungen) hat sich auf 113,4 Millionen Mark erhöht.

Der Stromabsatz des REW. war mit 525,8 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1930 um 3,5 Proz. höher als im Jahre 1929, allerdings nur durch erhöhte Lieferung an die Ueberlandzentrale Pommern. Im eigenen Absatzgebiet wurde ein Rückgang um 1,7 Prozent festgestellt, was noch günstig ist, da der durchschnittliche Rückgang in Deutschland 5 Proz. beträgt. Der Rückgang beim REW. entfällt zum größten Teil auf industrielle Großabnehmer, während Genossenschaften und Kleinabnehmer nicht unerheblich mehr Strom verbrauchen.

Das Versorgungsgebiet des REW. umfaßt jetzt 43 Land- und Stadtkreise und 2771 Orte. Im Jahre 1930 wurden das private Elektrizitätswerk Werneuchen und die Westpreigniger Elektrizitätsgenossenschaft Karstädt übernommen. Am 15. April 1930 ist die Angliederung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin an das REW. endgültig vereinbart worden, wodurch sich das gesamte Versorgungsgebiet auf 51 000 Quadratkilometer erhöht. Um die Uebernahme der in Mecklenburg-Schwerin vorhandenen Betriebsanlagen und den weiteren Ausbau durchführen zu können, wird das Grundkapital des REW. um 15 Millionen Mark erhöht.

Das internationale Agrarkreditinstitut.

Die englische Regierung hat die Konvention über die Errichtung eines internationalen Agrarkreditinstitutes, die der Völkerverbundrat in seiner Waiatung beschlossen hat, unterzeichnet. Deutschland hat seine Unterschrift für die Konvention bereits anlässlich der Ratifikation abgegeben, gleichzeitig aber den Vorbehalt gemacht, daß Deutschland sich an der Konvention nur beteiligen wird, wenn eine Anzahl namentlich aufgeführter Staaten sie ratifiziert haben.

Französische Zollerhöhungen. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf auf Verdoppelung des Zollsatzes (allgemeiner Tarif und Mindesttarif) für Getreide, Trockengetreide und ähnliche Produkte eingebracht und weiter einen Gesetzentwurf, durch den der allgemeine Tarif für diese Produkte überhaupt erhöht wird. In der Begründung wird herangezogen, daß der allgemeine Tarif nicht ausreicht, um die Einfuhr von ausländischen Konkurrenzprodukten zu verhindern. Beispielsweise sei der Gesetzentwurf für Weizen den allgemeinen Tarif auf 160 Franken pro 100 Kilo fest, für Hafer den Zollsatz des allgemeinen Tarifs auf 60 Franken, den des Mindesttarifs auf 30 Franken pro 100 Kilo, den Zollsatz des allgemeinen Tarifs für Gerste auf 30 Franken, den Mindesttarifs auf 50 Franken pro 100 Kilo, den Zollsatz des allgemeinen Tarifs für Roggen auf 70, den des Mindesttarifs auf 35 Franken pro 100 Kilo, den Zollsatz des allgemeinen Tarifs für Zucker auf 331,50 Franken (Mindesttarif unverändert) und den Zollsatz des allgemeinen Tarifs für Weizen auf 25 Franken (vom Mindesttarif befreit) (1 Franken = 16 Pfennig).

Pflichtrevision und Wirtschaftsprüfer. Im neuen Aktienrecht ist die Pflichtrevision vorgeordnet. Sie soll von öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfern vorgenommen werden. In einem freien Vertrage (also nicht durch Gesetz) haben sich die deutschen Länder verpflichtet, bei der Bestellung dieser Revisoren nach einheitlichen Grundsätzen zu verfahren. Auf einer Tagung des Instituts für das Revisions- und Treuhänderwesen E. V., der Standesvereinigung der Wirtschaftsprüfer, wurden die Fragen der Bestellung, der Ausbildung usw. eingehend erörtert. Bei dem Deutschen Industrie- und Handelstag wird noch im Juni die „Hauptstelle“ für die Bestellung von Wirtschaftsprüfern, die die einheitlichen Grundsätze für die Zulassung aufstellt, gebildet. Zulassung und Prüfung selbst erfolgen durch die „Zulassungs- und Prüfungsstellen“, von denen in Preußen bereits einige errichtet sind. Bis Ende 1935 dauert die Uebergangszeit; danach sind Studien- und Ausbildungsgang streng vorgeschrieben.

Die Ford-Fabrik in Köln in Betrieb genommen. Die Ford-Fabrik auf dem Kölner Industriegebiet in Köln-Niehl wurde am Freitag mit einer kurzen Feier förmlich in Betrieb genommen. Bereits vor einiger Zeit wurde die große Fabrikation aufgenommen und das Werk in Gang gesetzt.

Gegen Hornhaut

Hühneraugen, verdickte Hornschichten an Händen und Füßen hat sich „Aolin“ als sauberes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Wahrung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Drogerie-Verkaufsstellen zu haben.

330 300 Wohnungen.

So viel wurden 1930 noch gebaut.

Das Reichsstatistische Amt stellt fest, daß im Jahre 1930 nicht weniger als 330 300 Wohnungen gebaut worden sind. Ebenso viel wurden im Jahre 1928 gebaut, dagegen stellte sich für das Jahr 1929 die Zahl der gebauten Wohnungen um 2,5 Proz. höher.

Zum erstenmal wurde im Jahre 1930 die Größe der Neuwohnungen ermittelt. Von dem 307 000 Neuwohnungen entfallen 47,7 Proz. auf Kleinwohnungen (1—3 Räume), 49,4 Proz. auf mittlere Wohnungen (4—6 Räume) und 2,9 Proz. auf größere Wohnungen (7 und mehr Räume). Der Anteil der Kleinwohnungen hat in den letzten Jahren ständig zugenommen.

Von den Neuwohngebäuden wurden 79,4 Proz. mit Unterstützung öffentlicher Mittel, also mit Hilfe von Hauszinssteuern usw. errichtet. Bei den Kleinwohnungen macht die Inanspruchnahme von Hauszinssteuer etwa 80 Proz. aus. Bei den Bauherren sind über die Hälfte private Auftraggeber, doch geht der Anteil ständig zurück. Die privaten Bauauftraggeber betragen 1927 noch 60,3 Proz. gegenüber 51,3 Proz. im Jahre 1930.

17 Milliarden Lebensversicherungen.

Die Entwicklung der Privatversicherung im Jahre 1930

Das Versicherungsgeschäft ist nach dem Jahresbericht des Reichsverbandes der Privatversicherung im Jahre 1930 nicht ungünstig verlaufen. Der Zusammenbruch einiger Unternehmen ändert nichts an der Tatsache, daß die Entwicklung „gesund“ sei.

Die Gesamtpremieneinnahme ist auch im Jahre 1930 weiter gestiegen, auf etwa 2,7 Milliarden Mark. Von der Steigerung um 100 Millionen entfallen 80 Millionen auf die Lebensversicherung. Der Lebensversicherungsbestand betrug am Ende des Jahres 1930 etwa 17 Milliarden Mark (1913: 16 Milliarden); die Prämieinnahme in der Lebensversicherung erhöhte sich auf 670 Millionen Mark. Für die Feuerversicherung war das Jahr 1930 wesentlich günstiger als das Jahr 1929. Die ausgezahlte Summe für Brandschäden ging nämlich von 142

Max Bernardi: Zweimal Rummelplatz

Hamburg-St. Pauli.

Zu einem Rudel zusammengedrängt stehen die Pferde in der kleinen Galopparena inmitten eines — Restaurants. Rund um diese zirkuläre Reithalle, die nur fukhoch von künstlichem Strauchwerk umgrenzt ist, steht die „Grüne Aose“ in Form von nassen Sägenfort. Tischchen, merkwürdig hohe Tischchen, wachsen aus dem weichen Boden. Ein riesiger Schantisch, beschlagen, ragt wie ein Panzerkreuzer aus der sägespänenen Brandung. Auf einem Balken zusammengepackt steht die Musikkapelle gleich einem Schwabennest an der Decke. Scheinwerfer tauchen diese sonderbare Landschaft in alle Regenbogenfarben.

Trara! Ein Posaunensignal, ein schmetternder Marsch — es geht wieder los. Natürlich begrüßt der Wirt seine Gäste hoch zu Ross. Er ist in vollem Reiterdreh, der Zylinder glänzt wie das Lacktiefelpaar, auch der Grad . . . Ebenso ist die Bedienung im Sattel zu Hause. Cowboys als Biletverkäufer und schmucke Amazonen mit „Kog-Drops“ und „Zigaretten-Zigaretten“.

In der abgegrenzten Arena kann man Galoppreiten, und wer das nicht will, der kann gemächlich an den Schantisch herantraben und ein Glas Bier genehmigen. An den merkwürdig hohen Tischchen läßt sich vom Sattel aus äußerst bequem Vanille-Eis schlürfen oder Bockwurst mit Salat verzehren. Bezahlt wird an den berittenen Ober. Er ist stets im Handgelenk da und reitet gegebenenfalls einem Zehrpfeiler durch das ganze Restaurant bis auf die Straße nach. Statt der weißen Schürze ziert ihn ein Schimmel, an dem er sich auch gelegentlich die biersüchtigen Hände abwischt.

Die Pferde sind natürlich alle auf Musik dressiert. Sobald die Kapelle loslegt, ist es mit der Weinherrschaft der Reiterlustigen aus. Dann geht es immerzu rund im Kreise um den Panzerkreuzer und um das ganze Restaurant. Der Ober begleitet seine Gäste, und das Zigarettenfräulein rechnet im Tanzschritt ihrer Stute ab. Irgendwelche Seitensprünge werden nicht gebildet.

Der Andrang ist groß. Jeder möchte einmal in seinem Leben ein Pferd in einem Restaurationsbetrieb umherreiten. Insbesondere sind es die jungen Mädchen, die vom Herrentatler nicht mehr herunterzutreten sind. Sorgenvoll blicken Mütter und

Kavaliere von der Galerie aus dem Treiben zu. Reiten kostet Geld, ganz besonders in einem Restaurant . . .

Daß man aus alten Sachen immer wieder neue machen kann, das weiß jede Hausfrau, jeder Schneider und Dichter. Der Unternehmer dieser neuartigen Reithalle — ein verträchteter Zirkusdirektor — hat es lediglich verstanden, aus dem schon etwas veralteten Hippodrom unserer Väter eine neue großstädtische Rummelplatz-Attraktion zu schaffen. Hals- und Beinbruch!

Hinter diesem „reitenden Restaurant“ liegt Old Billies Schießbude, die „Lebende Zielscheibe“. Die Schießerei nach den papierernen Scheiben und langweiligen Tonpfeifen war Billies Publikum schon längst zum Hasse herausgewachsen. Sechs Schuß für einen Groschen, nichts sehen, nichts treffen und nichts gewinnen können, nöd — Old Billies Schießbude saße langsam ab.

„Donnerwetter!“ Statt der alten, zerlöscherten Pappscheibe stand plötzlich ein ausgepöptes, nacktes Mädchen im Ziel.

„Schieß man, mir Junge, schieß sie tot!“ grunzte Billie und strich für drei Schuß den neuen Tarif von fünfundsanzig Pfennigen ein. Sobald man aber das Ziel anvisierte, sträubten sich einem die Haare. Das war keine ausgestopfte Puppe! Man hatte das Gewehr auf ein lebendes, junges Mädchen in hauchdünnem Trikot angelegt. Es lachte, gähnte und warf ab und zu eine Kuhhand nach den Schützen. Trotzdem schoß man fingerlange, spitze Bolzen mit roten Haarbüscheln auf das arme Wesen . . .

Räufschall! Old Billie, der tüchtige Schießbudenbesitzer, holte mit der Zange einen Bolzen nach dem anderen wieder aus dem Mädchen heraus. Aus Herz, Busen und Eingeweide. Und das arme Wesen lachte . . .

„Schieß, mir Junge, schieß sie tot!“ Dieser Ruf klang bis zum reitenden Restaurant, den ganzen Tag und die halbe Nacht. Aber man kann sie nicht erschrecken, obwohl man sie von oben bis unten durchlöcherter. Man kann nicht um die Ecke feuern, denn das Mädchen steht in Wahrheit seitwärts in der Kluft des Schießzettes. Raffinierte Spiegel-Reflektoren verhilft der alten Schießbude plötzlich zu neuem Leben.

Neue Sachlichkeit, vermenschlicht . . .

Brrrrr. —

Ivan Keilbut: Ein spanischer Revolutionär

In Madrid, unter einem Stück Erde, das bei den republikanischen Spaniern ein ähnliches Ansehen genießt, wie die Gräber der Märzgefallenen bei den dankbaren Berlinern, liegen die Raigefallenen des Jahres 1808, das sind jene Aufständischen, die für ihr bourbonisches Königshaus gegen die napoleonische Gewalt gekämpft haben und auf Kurats Befehl erschossen worden sind.

Als Europa Napoleon niedergelämpft — und der große Vergewaltiger des Erdballs den vielen kleinen wieder Platz gemacht hatte, kehrte der Spanier Ferdinand VII. auf den Thron zurück. Wie in allen Ländern hatten sich auch die spanischen Massen optimistisch dem Traum von Freiheit und besseren Tagen hingeeben, ergeben warteten sie auf die Vermittlung der königlichen Verpfändung. Aber derselbe Ferdinand, der einmal als Prinz von Asturien, in seiner Eigenschaft als Thronfolger, die Hoffnung der Nation und der Sammelplatz ihrer Liebe gewesen war, zogerte nun die Erfüllung der alten Verpfändung hinaus. Unruhen begannen im Lande auszubrechen. Endlich mußte es auch dem Vertrauensvollsten klar geworden sein, daß regieren — Politik treiben heißt, und daß es in der Politik keine Gefühle und vom Königshaus keine Dankbarkeit gibt. Der König — das ist die Reaktion. Der Königsbegriff schließt diese Bedeutung in sich ein.

Der Mann, der dem jahrelangen Gewittermurren den erlösenden Blitz entlockte, war Don Rafael Riego, der Oberst des Regiments Asturien. Wir können uns heute, zu unserem Glück, eine Revolution, deren Führung Generale und Oberste innehaben, nicht mehr vorstellen, denn die Aufgabe der Revolution ist inzwischen dem Proletariat zugefallen, das sich zur Wahrung seiner Interessen nur durch sich selber vertreten kann. Der Zustand jenes spanischen Obersten erhärtet die uns längst bekannte Lehre, daß eine Revolution, die sich dem Individuum, der unkontrollierten Persönlichkeit anvertraut, auf gefährlich lockeren Boden steht.

Am 1. Januar 1820 hob Riego in Cadix die Fahne des Aufstands: Es war die Fahne der Verfassung, die Spanien versprochen und nicht erfüllt worden war. Nach seinem festen Glauben — und wohl auch in Wahrheit — waren die Erwartung und die Unzufriedenheit im Lande mittlerweile so heftig geworden, daß es ihm nichts anderes als dieses Signals zu bedürfen schien, um das wahre Volksgelübde zu entfesseln. Die Fahne wehte im Winde — aber die Wirkung blieb aus. Keine der erwarteten Aktionen geschah. Die Soldaten der Garnisonen, die Befehlungen der Schiffe vor Cadix blieben still — das heißt, die Führer vollzogen nicht den erwarteten Uebertritt. Mangelnde Vorbereitung, das Grundübel der vielen spanischen Aufstandsversuche, wurde der Sache zum Verderben. Indem Riego noch auf die Wirkung seines Beispiels wartet — sein Bataillon hatte sich laut zu seinem Führer bekannt — wächst die Gefahr um ihn her. Die Freunde, vor allem der General Quiroga auf San Fernando, sehen sich bereits in ihrer eigentlichen Absicht gebündelt — die Königlichen sind auf dem Weg, um sie zur Kapitulation zu zwingen. Statt freier Angriffsmöglichkeit bleibt den Bedrängten das harte Maß der Verteidigung.

In dieser verzweifelten Lage, in der es keine Wahl mehr gibt, tritt Riego seinen nachmals berühmten Marsch durch Andalusien an. Dieser Zug seiner Armee — die aus 1000 Mann bestand — soll die noch unentschiedenen Freunde der Sache zum Anschluß entkommen. Ohne sichtbaren Erfolg gelangt er in 25 Tagen nach Malaga. Hier endlich stellt sich der Zuzug von neuen Truppen ein; dazu gute Meldungen aus andalusischen Garnisonen, die ihre Erhebung versprechen, sobald Riego sich nur persönlich bei ihnen zeige. Das Glück scheint sich ihm zuzuwenden, der Marsch durchs Land scheint sich nun endlich segensreich auszureifen. Neuer Mut . . . Ausbruch, Wanderung, Abenteuer, Kämpfe mit königlichen Truppen, hier und da höfliche Verstärkung dazu. . . . Aber es sind nicht die erwarteten großen Ströme, die ihm entgegenkommen, sondern nur Bächlein. Riego weiß, daß nur ein großer Erfolg, ein Sieg das Land auf seine Seite ziehen und zur Erhebung bestimmen könnte. Wie aber liegen, da die verbündeten Freunde, vollaus in ihren eigenen schwierigen Situationen gefangen, nicht mehr zum Beistand imstande sind? — In den Straßentämpfen von Moron verliert der aufständische Oberst des Asturien-Regiments mehrere hundert Mann. Aber der wesentliche Zug der Unternehmung — und das ist Riegos Charakterzug — zeigt sich darin, daß selbst Niederlagen nur vorwärts treiben. Es gibt kein Zurück, die Flamme im Führer ist zu stark zum Verlöschen. Mit dem Rest seines „Heeres“ setzt er den selbstlosen Propagandamarsch fort. Er wandert nach Cordoba — aber dort endlich angelangt, kann die moralische Kraft des

Führers nicht mehr helfen: Strapazen und vor allem — Erfolglosigkeit haben die Widerstandsfähigkeit seiner Truppe ausgehöhlt. Die Soldaten ziehen nach Haus, in die Garnison, müde des unstillen Daseins — nur noch willens, von der Annette, die ihnen vom König zugesichert ist, zeitig Gebrauch zu machen.

Jetzt scheint der Aufstand nur noch eine Idee, die im Herzen Riegos wohnt. Der besiegte Revolutionär zieht sich in die Berge zurück, lebt schon wie ein Mörder. Die gewalttätige, übermenschliche Arbeit der letzten Wochen — die Revolution selber . . . ist nicht alles verloren?

Eine ausschließliche Pointe der Weltgeschichte bietet sich hier dem Betrachter: Während der Mann seine Sache verloren glaubt, hat sie im Zentrum des Landes eigentlich schon — gefiegt. Sein Beispiel hat gemirrt, was es wirken sollte: Es hat den Lotgeröllten in Madrid den Boden geschaffen, auf dem sich weiter voranschreiten läßt. Der Ruf nach der Verfassung dringt unhemmbar los, er schallt bis in die Zimmer des Königs, der sich zur Nachgiebigkeit gezwungen sieht. Dieser Erfolg macht die Bewegung noch größer. Im ganzen Lande ist ihr heller Widerschein sichtbar. Das Leuchten dringt auch in Riegos Bersted in der Sierra de Ronba.

Ein gewaltiger Umsturz in der Seele eines Menschen als jetzt in Riegos ist nicht denkbar. Der herausgehende Duft dieser vorläufigen Frucht seines Heroismus macht ihn taumeln. Die Stur seiner Phantasie, die ihm normals trügerisch im voraus den Erfolg vorgekauft, übersteigt jetzt noch das Maß des Ruhmes, der — schon in Wirklichkeit lohnend — ihm entgegenschlägt. Wo er, der Mann des Volkes, erscheint, stehende Tausende an den Wegen, nun, da auf eine zauberhafte Weise der Erfolg mit ihm ist, findet er Unterstützung in Hülle und Fülle. Selbst die Soldaten, die sich seinen Aufrufen verschlossen hatten, können sich nun keinen rühmlicheren Führer mehr denken, als diesen Mann, den das Land mit Ehren überhäuft. Konnte es für den König unter diesen Umständen ein sichereres Mittel geben, seinen gefährlichsten Feind unschädlich zu machen, als indem er ihn — sozusagen — in seinen Freund zu verwandeln suchte? Der Revolutionär wird zum „Mariscal de campo“ (Feldmarschalleutnant) befördert; jetzt untersteht ihm die andalusische Armee.

Die nationale Armee — das heißt aber diesmal: die Revolutionsarmee — war verwirklicht. Was mußten die Gemäßigten, die inzwischen ans Regierungsruder gelangt waren, dazu für Gesichter machen?

Wie erzählt wird, hat sich Riego in einer Audienz mit dem König männlich gerad gehalten. Der König bekam einige Wahrheiten — seltene Lederbissen für einen Monarchen — zu hören. Die republikanische Festigkeit — die oberste Tugend —, Unbestechlichkeit, wäre für Riego wohl zu proklamieren. Indessen löst sich jetzt aus dem Bilde des Mannes ein Charakterzug — oder nennt man es richtiger eine Wirkung seines Temperaments? — kurz, ein sehr menschliches und sehr verhängnisvolles Vaster: das Uebergewicht der Persönlichkeit zugunsten der Lätigkeit für die Masse. Es wäre für Riego und seine Anhänger vermuthlich klüger gewesen, bei aller Entschlossenheit und Kraft doch nicht das provozierende Musikspiel der Ueberlegenheit vor seinen Gegnern aufzuführen. So aber lieferte er ihnen die Mittel in die Hände, ihn aus Madrid zu entfernen. Zum Generalkapitän von Galicien ernannt, wird er nach Oledo im nordwestlichen Spanien geschickt — um nicht „verschickt“ zu sagen. Er ist ein Spielball der Politik seiner Feinde — aber das Rad der Ereignisse schwingt wieder herum: Seine Rehabilitierung wird zur politischen Notwendigkeit. Er wird zum Generalkapitän von Arragonien gemacht.

Aber dies ist sein Schicksal: Wieder trägt ihn die Begeisterung des Volkes im mitreißenden Rausch über die Grenzen kluger, dem Ziele dienlicher Zurückhaltung fort — wosfern Riegos Leben sich nicht überhaupt jenseits solcher Vernunftsgrenzen entwickelt. Die Regierung hat allen Grund, die Fessellosigkeit dieses Führers zu fürchten, die den Funken zur allgemeinen Entfesselung schleudern kann. Eine Verdächtigung gegen Riego, die seine revolutionären Pläne im aktuellen Stadium erscheinen läßt, gibt die Handhabe, ihn wieder dem Kreise seiner gefährlichen Wirkung zu entziehen. Die Folge davon — daß sein Name den ihm ergebenden Massen mächtiger noch als vorher zum Symbol der Begeisterung wächst. Er ist gleichsam die Fahne, die auf keinen Fall verlegt, beleidigt oder gar verloren werden darf. Und so ist es durchaus natürlich, daß der Soldat — zur Führung des Kongresses berufen wird. Wie

normals rettet sich der König aus seiner Verlegenheit, indem er die Hand, die ihn hinabstoßen will, scheinbar freudlich — festhält.

Riegos soldatische Tugenden, Unerblichkeit und Zähigkeit, stützen ihn in seiner neuen Position — aber sie gefährden ihn auch. Es ist eben der Soldat in ihm, der die Entscheidung durch die kürzeste, explosive Entwicklung sucht. Bedrohlich schwingt er sich auf die Stufen des Throns, der König fühlt die Grundstufen wanken — aber das Bagnis löst naturgemäß die Gegenaktion der anderen Seite aus. Riego, der Soldat als Politiker, fordert, ja, zwingt Entscheidung, Stellungnahme, Bekenntnis der Parteien heraus. Der Rangel an diplomatischem Willen ruft einen Eingriff der Franzosen in die spanischen Verhältnisse hervor — und nun ist die Armee prächtig vor die Wahl gestellt, ob mit den Franzosen gegen Riego oder für ihn. Eine Spaltung des Heeres ist die Folge.

Noch einmal, zum letzten, entwickelt Riego den unnaachgiebigen Siegeswillen, der ihn vom 1. Januar 1820 bis hierher getragen hat — weniger als vier Jahre genügen für so viele Stürze und neue Erhebungen in einem Leben —. Die ihm treuen Truppen führt er gegen die mit den Franzosen vereinigten Spanier. Er unterliegt. Und nun scheint das Rad seines Lebens um die Spanne der letzten drei Jahre zurückgedreht: Wieder, wie einst nach seinem andalusischen Marsch, verbirgt er sich in den Bergen. Er wartet auf die erneute Stunde der Revolution. Aber nicht die ersehnte gute Botschaft dringt in sein Bersted, sondern Soldaten, um ihn gefangen zu nehmen. Zwei Hirten — um die auf seinen Kopf ausgelegte Belohnung zu verdienen — haben den gestürzten Mann des Volkes verraten.

Ein grausiges Nachstück ist der Weg, den Riego jetzt gehen muß. Wo sind die Klänge des Jubels, der freudigen Marschgesänge, die ihn sonst bei seinem Nahen am Eingang der Städte empfingen? Dies Spanien, das ihn nun auslacht, bespuckt, verhöhnt — ist es dasselbe von ehemals? Wiederholt sich hier das abgeschmackte Spiel von der käuflichen, hin und her schwankenden Pöbelgunst? Auch, es ist eben das andere Spanien, das den Ton der Musik jetzt bestimmt — und diese Musik reizt viele andere Melodien, die zu widerstehen nicht kräftig oder einfach nicht mutig genug sind, mit in ihren gestampften Rhythmus.

Ist das spanische Volk, das — vor Bier, den Helden von gestern fallen zu sehen, heute schon sein nachgeformtes Abbild durch die Straßen Madrids schleift, um es unter wollüstigem Seuzen und vergnügtem Heulen an den Galgen zu hängen? Oder ist es nur derjenige Teil der Massen, der dem republikanisch gesinnten Führer auch ehemals Feind war? Laßt uns dies letzte glauben, es wäre die geringere Schande.

Benige Tage nach dem Vorvergnügen folgt die Hauptvorstellung. Dieselben Straßen, die von dem freudigen, bewegten Spalier der Begeisterten bei jedem Erscheinen des Helden wogten, die von jubelndem Jufus hallten — dieselben Straßen sehen jetzt denselben Mann, in einen Sack gehüllt, aus dem nur der Kopf herausragt, den Weg bis zum Galgen geschleppt. Will jemand behaupten, es gäbe in ganz Madrid keine Hundert, keine Tausend, die diese Schande nicht empfänden, mit der sich Spanien, nein, die Menschheit, selber beschämt? O doch, es gibt diese Hundert, es gibt diese Tausend . . . aber die Gewehre der königlichen Armee halten die Sprungbereiten in Schach.

Rur in den Augen des Pöbels starb er in Schande. Menschen wie ihn abelt der Galgen. Seine Schuld war eine tragische. Er kämpfte seinen Kampf für die Republik als Persönlichkeit — er mußte nichts von der selbstüberwindenden Wähigung, die der Kampf für die Massen — der zuletzt wieder ein Kampf für den einzelnen ist — fordert. Er mußte untergehen. Tyrannen sind nicht vom einzelnen aus bekämpfbar — der Wille der Millionen, die, bei aller individuellen Abgegrenztheit voneinander, in dem einen, revolutionären Gefühl eins sind: Nur dieser Wille, der für viele ein Opfer ist, kann die Menschen vom Schwarm der blutsaugerischen Parasiten befreien.

Aber Don Rafael Riego lebte in einer zu frühen Epoche der Revolution, als daß er von sich aus den Weg und das Ziel hätte finden können.

Das weiße Nashorn wird geschützt

Bis es weiße Elefanten als große Seltenheit gibt, so gibt es auch noch eine winzige Anzahl weißer Nashörner. Und zwar kommen diese klassischen, höchsten Schuges bedürftigen „Naturgeschichtsmäler“ in dem Uganda-Protectoratsgebiet in Nordostafrika vor, in dem westlich vom Albertin gelegenen Teil. Die Regierung dieses englischen Territoriums wünscht, daß das seltene Tier sorgfältig erhalten werde, und hat zu seinem Schuge eine Verordnung erlassen, die selbst noch eine in Selbstverteidigung gefehene Tötung des weißen Nashorns ahndet. Wie es in der Verordnung heißt, sind Fälle vorgekommen, in denen Personen, die anderes Wild in diesen Gebieten jagten, in Selbstverteidigung weiße Nashörner getötet haben. Indessen ist dieses Tier nicht gewohnheitsmäßig angriffslos, und ein geschickter und sorgfältiger Jäger dürfte keine Schwierigkeiten haben, Angriffe zu vermeiden. Künftig wird der Gouverneur von Uganda Jagdscheine eines jeden ausgeben, der ein weißes Nashorn tötet oder verundet, selbst wenn er das unter Umständen getan hat, die nach den geltenden Bestimmungen keine Uebertretung bedeuten. Sehr originell ist die Einschärfung für Tierphotographen. Personen, die das Schuggebiet betreten, um das weiße Nashorn zu photographieren, werden nämlich darauf aufmerksam gemacht, daß jede unnötige Betätigung gegenüber einem geschützten Tier, die geeignet erscheint, es zu töten, zu erschrecken oder in Wut zu versetzen, mit einer Geldstrafe von 100 Pfund oder 6 Monaten Gefängnis, wenn die Uebertretung sich auf mehrere Tiere erstreckt, mit einer Geldstrafe von 250 Pfund oder 18 Monaten Haft geahndet wird. Es wird auch zur Kenntnis gebracht, daß es die Absicht der Regierung ist, gegen jeden, der ein weißes Nashorn als Folge eines Verfalls, das Tier zu photographieren, verundet oder tötet, ein Verfahren einzuleiten, es sei denn, daß vorher beim Gouverneur eine besondere Erlaubnis zum Photographieren eingeholt worden ist.

A. G.

Wie die Trichinose erkannt wurde. Im Januar 1861 erkrankten in München fünf Personen einer lebendigen Familie unter Symptomen von Müdigkeit, Frost- und Hitzegefühl, sowie starkem Fieber. Die anfänglich gestellte Diagnose, Darmerkrankung oder Typhus, mußte wegen der völlig neuartigen Ueberempfindlichkeit der Erkrankten aufgegeben werden, deren geringste Berührung die heftigsten Muskelmerzen auslöste. Schließlich wurden zwei der am stärksten befallenen Personen, bei denen Lungenaffektionen hinzugekommen waren, hinweggerafft, während die übrigen Familienmitglieder genasen. Die Sektion ergab, so liest man in der „Mitschau“, die völlige Durchhebung des Gewebes der willkürlichen Muskeln mit kleinen Würmchen, die im Gegensatz zur richtigen Aufstellung des Assistenten Dr. R. Weigel, der die Sektion leitende Professor nicht als Krankheitsursache ansah. Erst das Austreten eines gleichartigen, ebenfalls zum Tode führenden Falles in Dresden brachte Professor Jenker dazu, diese bisher als harmlos angesehenen Würmchen, die Trichinen, als Krankheitserreger zu erkennen. Diese Erkenntnis zog dann die obligatorische Fleischschau nach sich, wodurch eine Erkrankung an Trichinose bei ordnungsgemäßer Handhabung der gesetzlichen Vorschriften heute zu den Seltenheiten gehört.

Aufstatten hat mehr als die zehnfache Zahl Schafe als Einwohner, und zwar sind etwa hundert Millionen Schafe vorhanden.